

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
jährig . . . 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung des Retourmarken.

Ersteinst mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Die große Koalition.

Die große Koalition, die jetzt in Deutschland Wirklichkeit wurde, rührt an eine schicksalsträchtige Frage und an ein immer wieder mit Wirren und Parteikrisen verbundenes Problem. Seitdem der „Ministerialismus“ von Frankreich aus propagiert wurde und in Millerand seinen ersten „praktischen“ Vertreter gefunden hat, entzündeten sich in der sozialdemokratischen Partei die Leidenschaften vielleicht an keinem Thema so stark wie an dem Streite, ob Genossen zusammen mit bürgerlichen eine Regierung bilden dürften oder nicht, und wenn auch die Wirklichkeit längst die Frage im Sinne der Koalitionsmöglichkeit entschieden hat, gaben doch die nicht immer erfreulichen Ergebnisse einer derartigen Verbindung den Vertretern des Radikalismus, namentlich den Kommunisten, den Anlaß zur schärfsten Kritik und zu der Behauptung, daß jede Zusammenkoppelung von Arbeiter- und Bürgervertretern zu einer Regierung einen Verrat an den proletarischen Interessen und Zielen bedeute.

Wahr ist, daß sich das Problem bei einer schematischen Fragestellung gar nicht beantworten läßt, daß man vielmehr immer von den Absichten ausgehen muß, die zu einer mehr oder minder großen Koalition geführt haben und führen. An den deutschen Verhältnissen dargestellt: legt unseren Genossen im Reiche der Wunsch, den bisherigen Kurs zu retten, den Eintritt in das neue Ministerium nahe, oder umgekehrt der Wille, in der Reichspolitik einen entschiedenen Richtungswechsel zur Durchführung zu bringen? Und weist dieser Richtungswechsel nach der Seite des bürgerlich-kapitalistischen oder des proletarisch orientierten Staates? Wie war es bisher und was soll werden?

Im bisherigen Kabinett Cuno hatte, namentlich durch den Einfluß des Finanzministers Dr. Hermes, das Großkapital das entscheidende Wort. Es verhalf, indem es einer nicht allzuschwer erfüllbaren Lieferungsforderung Poincares stumpfe Resistenz entgegenstellte, dem französischen Imperialismus zu der Behauptung, Deutschland verweigere in bewußter böser Absicht die Durchführung des Versailler Vertrages, und damit zu dem Vorwand für die Ruhrbesetzung. Und als der deutschen Wirtschaft diese schwerste Wunde geschlagen war, als Poincare seine Machtstellung bezogen hatte, von der ihn keine Gewalt, auch nicht der Protest Englands derzeit vertreiben kann, weil er eben Herr durch das Schwert ist — da jubelte dieses schuldige Großkapital wohl dem Entschluß Cunos, den passiven Widerstand der ruhrländischen Arbeiterschaft nach Kräften zu fördern, laut und tönend zu, aber es versagte ihm die materiellen Mittel für eine solche Förderung und empfahl ihm, den Ruhrwiderstand durch die — Notienpresse zu finanzieren. Nicht genug daran, nahm es in schrankenlosem Ausmaß Staatskredite in Anspruch und erstattete diese nach längerer Frist nicht in ihrem wirklichen, sondern in ihrem Nominalwerte zurück, wie Leichenfledderer bereicherten sie sich also an dem Valutagewinn, den ihnen der Tod der Mark in den Schoß warf. Die Sozialdemokratie warnte vom Anbeginn dieser unsinnigen Finanzpolitik an und verwies auf den Abgrund, welchem das Reichsbudget solcherart entgegengehe, sie war als Oppositionspartei vielleicht auch stark genug, die eine oder andere der geplanten ärgersten Tollheiten zu verhindern, das System der Inflation als einziger Helferin in der Not und der Ruhrkredite vermochte sie aber außerhalb der Regierung nicht zu Falle zu bringen. So kam, was kommen mußte: die Zerrüttung der deutschen Finanzen und der Lebensmittelwirtschaft, das Hungergespinnst für neunundneunzig Hundertstel der Bevölkerung, der Erntetrag für die von Poincare ausgestreute Saat.

Das System, das so tödliche Folgen zeitigt hat, irgendwie zu galvanisieren, würde ein unfähbares Verbrechen am deutschen Volke bedeuten, böse die große Koalition dem

Koalitionsregierung Stresemann.

Im Kabinett die Genossen: Schmidt, Soltmann, Hilserding und Radbruch. — Die wichtigsten Ministerien von Sozialdemokraten besetzt.

Cunos Demissionsgesuch.

Berlin, 12. August. (Wolff.) Das Kabinett Cuno hat heute nachmittags dem Reichspräsidenten seine Entlassung eingereicht. Im Laufe des Nachmittags erschienen die Führer der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und der Sozialdemokratie beim Reichspräsidenten, um über die vorausgegangenen Beratungen der Parteien zu berichten. Der Reichspräsident beauftragte in den späten Abendstunden den Abgeordneten Dr. Stresemann mit der Neubildung des Kabinetts. Dr. Stresemann hat den Auftrag angenommen und wird versuchen, auf der Grundlage der großen Koalition die Regierung zu bilden.

Berlin, 12. August. (Wolff.) Reichskanzler Dr. Cuno hat heute nachmittags dem Reichspräsidenten die Demission des Kabinetts mit einem Schreiben überreicht, in welchem er unter anderem ausführte: Aus der Entwicklung der letzten Tage habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß nach einer in weiten Kreisen der berufenen Vertretung des Volkes vorherrschenden Ansicht der entschlossene Wille zur Selbstbehauptung noch stärker und noch nachdrücklicher durch eine Regierung verkörpert würde, die von einer Koalition der großen Parteien gebildet und damit von einer starken Mehrheit des Reichstages getragen ist. Ich bitte daher, Herr Reichspräsident, mein Amt und die Ämter der Herren Reichsminister in Ihre Hände zurücklegen zu dürfen.

Die neue Regierung.

Berlin, 13. August. (Eigenbericht.) Das neue Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Reichskanzler Stresemann, Vizekanzler und Wiederaufbau Robert Schmidt (Sozdem.), Inneres Soltmann (Sozdem.), Finanzen Hilserding (Sozdem.), Justiz Radbruch (Sozdem.), Wirtschaft Dr. Rauwer (Deutsche Volkspartei), Post Giesberts (Zentrum), besetzte Gebiete Fuchs (Zentrum).

Von den Ministern des alten Kabinetts bleiben Brauns (Zentrum) Arbeit, Decker (Demokrat) Verkehr, Gehler (Demokrat) Reichswehr, Luther (Deutsche Volkspartei) Ernährung.

Der Reichskanzler wird kürzere Zeit provisorisch das Außenministerium leiten, für das diesmal kein Diplomat, sondern auf ausdrücklichen Wunsch der Sozialdemokraten ein Politiker in Frage kommen soll. Ferner wird wahrscheinlich der preussische Ministerpräsident Otto Braun unter Beibehaltung seines Amtes in Preußen der Reichsregierung als Minister ohne Portefeuille angehören. Die neue Regierung wird sich morgen mittags im Reichstag vorstellen und ihr Programm vorlegen. Dieses soll den ersten Beweis dafür liefern, daß die Forderungen der Sozialdemokraten Anerkennung gefunden haben.

Großbürgertum auch nur die entfernteste Möglichkeit, unter halb sozialistischer Vermummung in der bisherigen Art fortzuwursteln, so wäre sie der verhängnisvollste Karrenstreich der deutschen Parteigeschichte. Gerade das Umgekehrte ist der Fall: die letzten Taten des Cunoschen Finanzministers Dr. Hermes, die energisch durchgreifenden Steuererlasse, deren fast einstimmige Annahme im Reichstage zeigen, daß sich die bürgerlichen Parteien, und zwar fast alle, in der Stunde und von halber Verzweiflung getrieben, zu den unermüdbar und bis dahin vergeblich vorgebrachten Forderungen der deutschen Sozialdemokratie bekannt haben. Diese Stunde und die psychologischen Möglichkeiten, die sie bietet, gilt es auszunutzen. Unsere Genossen im Reich sind nicht gewillt, sich als Vorposten herzugeben, den verschahrenen Wagen der bürgerlichen Politik aus dem Dreck zu ziehen, sie sehen es vielmehr als ihre Aufgabe an, die Bürgerlichen auf dem Wege, den sie notgedrungen betreten haben, weiterzuführen, und das können sie nur, wenn sie in der neuen Regierung vertreten sind und die Möglichkeit haben, sie geistig zu führen.

Die Grundsätze, die sie dabei leiten werden, sind von erfolgverheißender Einfachheit: sie verlangen eine Steuer- und Finanzpolitik, die es ermöglicht, die furchtbaren Kosten des Widerstandes an der Ruhr von den Schultern der arbeitenden Bevölkerung und des Mittelstandes, die sie bisher infolge der Geldentwertung tatsächlich getragen haben, abzubür-

den und sie den Großindustriellen und Großagrariern aufzuladen, was durch entsprechende Steuern, Vermögensabgaben und Ertragsbeteiligung des Staates geschehen soll; und sie drängen ferner auf entschiedene Maßnahmen gegen die Rechtsradikalen, um Poincare den billigen Hinweis auf die deutschen Nebandbestrebungen gründlich zu nehmen. Diese innerpolitischen Maßnahmen und der ferner erforderliche Eintritt in den Völkerbund, sollen die Voraussetzungen abgeben, um die Franzosen und Belgier von ihrer Hoffnung auf deutschen Vankrott und Bürgerkrieg abzubringen und sie so direkten Verhandlungen bereit zu machen.

Es tat not, dieses Programm in seinen Grundzügen zu entwickeln, um die Demagogie der deutschen Kommunisten unwiderleglich nachzuweisen. Man sollte meinen, daß für sie, wofür sie ernsthafte Politiker sein wollen, maßgeblich sein muß, von welcher Absicht getrieben, und nicht mit welchen Werkzeugen jemand etwas tut, und daß sie dem Programm unserer Genossen für die große Koalition nicht unsympathisch gegenübersehen, dafür ist ihrer Angelegenheiten Einer, Paul Frölich, Zeuge. In der bekannten Diskussion zwischen Moskauer und Deutschnationalen, die an Radeks Schlageterrede anknüpfte und den Zweck hatte, Berührungspunkte der Rechts- und Linksradiكالen für eine etwaige Waffenbrüderschaft aufzuspüren, ließ sich Frölich nämlich folgendermaßen vernehmen: „Es gibt nur eine Politik gegenüber der Entente. Die Politik, die die Volks-

kraft stärkt, die die großen Massen innerlich mit dem Geschick des Reiches verbindet und die dadurch die Voraussetzung schafft für einen erfolgreichen Angriff auf den Vertrag von Versailles. Dazu gehören als erste Maßregeln: die Sicherung des Lebens aller derer, die heute zugrunde gerichtet werden, Arbeiter, Klein- und Sozialrentner, Kriegskrüppel, Ariererwitwen und -Waisen; finanzielle Stärkung des Reiches, also Unterdrückung der Steuer- und Kapitalflucht, Abschaffung der Schandsteuern, die den kleinen Mann erdrücken und ungeheure Kosten machen; Erbschaft der Sachwerte durch den Staat, zugleich als Voraussetzung für eine vernünftige Wirtschaftspolitik, die den unsinnigen Kräfteverschleiß eines entkräfteten Volkes, den verbrecherischen Luxus auf Kosten der Hungernen beseitigt.“

Just daselbe wollen unsere Genossen dadurch, daß sie in die Koalition eintreten und dort das Steuer in ihre Hand nehmen, auch erreichen, die letzte Stunde ihrer Teilnahme an der Regierung Stresemann hätte geschlagen, wenn sich diesem ihrem Bestreben ein Widerstand entgegensetzte sollte. Was soll also die kommunistische Wut über die große Koalition? Die bloße Verbindung mit Bürgerlichen kann es nicht sein, denn Frölich erklärt ausdrücklich, die Kommunisten „sollen ohne Vorurteile und nähmen Beistand an, wo er sich bietet.“ auch von des Teufels Großvater ist Herr Stresemann doch wohl auch nicht, wenn also das Bündnis mit ihm die Sozialdemokraten zu einem auch Frölich sympathischen Ziel führen kann, mußte er eigentlich wohlwollend zuschauen. Und dennoch „Generalfreik!“ „Massenaufmarsch im ganzen Reich!“ „Der Aufmarsch muß gesteigert werden!“ Was soll dieser Lärm von der notwendigen „Aktivität“, den die „rote Fahne“, sich selbst überschlagend, macht? Gilt es, Revolutionsfieber und Buttschamphäre in einem Augenblick zu erzeugen, den Radek in der gleichen Schlageterbrodschüre folgendermaßen charakterisiert: „Glauben die deutschen Nationalisten, daß sie bei dem jetzigen Kräfteverhältnis im Lager der Entente und der Ententevasallen, bei dem jetzigen Bewaffnungszustand Deutschlands, bei dem jetzigen sozialen und geistigen Zustand in Deutschland einen Verteidigungskrieg in nächster Zeit wagen können? . . . Ich verneine diese Frage . . . Der bloße Schrei gegen die „Erfüllungslosigkeit“ ist eine Hysterie und keine politische Antwort.“ Das meinen wir auch. Wo aber, auch in Radeks Augen, das Frankreich Poincares eine so reale, in jedes Kalkül einzubeziehende Macht ist, was soll dann in diesem Augenblicke die von ihm propagierte und von seinen Marionetten mit Geschrei geforderte „Regierung der Bauern und Arbeiter“, die „wenn notwendig, auch den bewaffneten Kampf gegen die Versailler Böge vorzubereiten hätte“? Ihre bloße Ausrufung müßte, nachdem Radek diese ihre Aufgabe ausdrücklich festgelegt hat, genügen, um Poincares und Witos' Truppen in Bewegung zu setzen.

Die Wahl ist also, zu einem als richtig erkannten Ziel — Belastung des Besitzes mit den Kosten von Versailles und Ruhr — mit einem so untauglichen, die Franzosen provozierenden Mittel wie die „Arbeiterregierung“ oder mit dem nicht von vornherein ausschließlichen Mittel der großen Koalition hinzustreben. Die Berliner Kommunisten, die den Generalfreik verkünden, haben sich für den ersten Weg entschieden, weil sie so für sich lärmende Propaganda treiben können, mag auch Radeks und Frölichs Zeugnis gegen ihr Tun stehen. Unsere Genossen betreten schweren Herzens den zweiten Weg, ihr Handeln ist, im Gegensatz zum Kampfruf der Kommunisten, von innerem Widerspruch frei. Alles kommt darauf an, daß sie die an sich selbst irre gewordene Bourgeoisie fest am Zügel behalten. Gelingt das, dann kann sich das wirtschaftspolitische Chaos etwas lichten und diese Besserung Poincares Berechnungen über den Haufen werfen.

Die Arbeitslosigkeit in England.

L. P. London, 10. August.

Arbeitslosigkeit und auswärtige Politik standen als die beiden großen Probleme vor dem englischen Parlament, als das neugewählte Unterhaus im vergangenen Spätherbst zusammentrat: Arbeitslosigkeit und auswärtige Politik stehen als die großen Fragezeichen vor dem englischen Volk, nun, da in diesen Tagen das Parlament seine dreiwerteljährige Tagung beendete. Der unauflösbare Zusammenhang zwischen den Siegen des Herrn Poincaré an der Ruhr und dem Hunger der Arbeitslosen in Lancashire und am Clyde macht beide nur umso fühlbarer und die Verantwortung der englischen Regierenden umso schwerer. Es war Churchill, der Ruhland anfiel und blockierte. Es war Lloyd George, der jene groteske Schuldsomme festsetzte, die Poincaré heute eintreibt. Es war Lloyd George, der Lancashire (des englischen Textilindustriengebietes) Abzehrung in der Türkei zerstörte. Es war Bonar Law, der seine „wohlwollende Neutralität“ erklärte, als Poincaré in das Ruhrgebiet „eindrach und uns zu einem vierten Winter des Elends verurteilte“ — so stellt der sozialistische „New Leader“, das ausgezeichnete Wochenblatt der Unabhängigen Arbeiterpartei, diese Verantwortlichkeiten für den Ursprung und die Fortdauer des Übels fest.

Und in der Tat: Das Herankommen eines neuen Winters der Arbeitslosigkeit erregt in der englischen Öffentlichkeit ernste Besorgnis. Man erinnert sich, wie im vorigen Winter diese Welle des Elends ins Rollen kam und der große Zug der „Dunger-marches“ (Hungermärsche) aus allen Teilen des Reiches nach London flutete, wie ihre ohnedies so bescheidene Forderung, ihre Rot dem Premierminister selber vorzutragen, die geheiligte Ruhe und Ordnung der bürgerlichen Demokratie zu bedrohen schien. Erst die wärmere Jahreszeit machte dieser spontanen Unruhe ein Ende; aber unter der sonnenbeschienenen Oberfläche schwälte sie fort und die guten Bürger fürchten ihren neuen Ausbruch.

Am Durchschnitt des letzten Winters zählte die Arbeitslosenarmee 1.345.000 Köpfe. Sie ist nach den letzten Aufweisen auf 1.185.000 heruntergegangen, also noch immer zahlreicher als in irgendeinem europäischen Lande. Im vergangenen Jahre hat England für Arbeitslosenfürsorge 49 Millionen Pfund ausgegeben: 19 Millionen Unternehmerbeiträge, 17 Millionen Arbeitergelder und 13 Millionen Staatszuschüsse — es ist fürwahr eine Kriegskostensumme, die sich sehen lassen kann! In einer der letzten Sitzungen des Parlaments hat die Regierung eine Vorlage annehmen lassen, die einen Plan für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im kommenden Winter aufstellt. Aber diese unter dem Druck der Arbeiterpartei und der öffentlichen Meinung eingeleitete Aktion soll im ganzen Arbeitsgebiet für 300.000 Menschen schaffen — und 800.000 dürfen weiter über die Annehmlichkeiten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nachdenken, die jüngst gerade in England so eifrige ideologische Verfechter fand. Immerhin hat nicht nur die Arbeiterpartei seit je konkrete Vorschläge zur wirklichen Verringerung der Arbeitslosigkeit gemacht und das unzulängliche Projekt der Regierung sofort mit einem detaillierten Gegenentwurf beantwortet, sondern es verdient wohl auch bemerkt zu werden, daß selbst eine Gruppe von Unternehmern unter den bürgerlichen Abgeordneten in öffentlicher Stellungnahme auf die Gefahren des kommenden Winters hingewiesen und die Maßnahmen der Regierung als ungenügend getadelt hat. Daß sie damit eine wirtschaftliche Einsicht bezeugten, die vielen ihrer kontinentalen Kollegen mangelt, entspringt vielleicht mehr der Vorsicht als Voraussicht; aber wie sehr sie durch ihren Appell an das Eingreifen des Staates zur Abhilfe gegen die kapitalistischen Krisen ihre kapitalistischen Theorien selbst widerlegt haben, das ahnen diese „Sozialisten wider Willen“, wie sie ein Arbeiterabgeordneter nennt, kaum.

Jedes ist die Arbeitslosigkeit nicht das einzige Übel, unter dem die englische Wirtschaft und damit vor allem die englische Arbeiterklasse leidet. Am Jahre 1921 ist die Gesamtsumme der Löhne in England um 312 Millionen Pfund gesunken; im Jahre 1922 betrug die Lohnkürzung 218 Millionen Pfund, im Jahre 1923 (bis zum Monat März) 156 Millionen Pfund. Dabei erfaßt diese Ueberlastung nur etwa die Hälfte der Arbeitnehmer des Landes: sie schließt nämlich die Landarbeiter, handwirtschaftlichen Arbeiter, die Sandungsgeschichten und die gesamten öffentlichen und Privatangestellten aus. Immerhin bedeuten selbst diese höchst unvollkommenen Ziffern eine Summe von rund 700 Millionen Pfund in drei Jahren, um die die Kaufkraft der englischen Konsumenten gesunken ist. Das spürt der Kleinhändler, spürt selbst der Großkaufmann und der Fabrikant, da in dem schlechtesten Kreislauf der kapitalistischen Warenzirkulation die Verbilligung der Produktionskosten, die die Kürzung der Lohnrate mit sich bringt, keineswegs in einer entsprechenden Preisentwertung zum Ausdruck kommt, sondern irgendwo auf den Schleichwegen des Profits und des Leihzinses verkrümelt. Der eigentliche Leidtragende aber ist, der in diesem Kreislauf der erste und letzte ist: die Arbeiter.

Doch diese Zahlen sprechen noch von anderen Dingen. Sie erzählen nicht nur von der Notlage des einzelnen Arbeiters, der die Lohnkürzung über sich ergehen lassen muß, sie sprechen auch von dem schweren Stand der Gewerkschaften, die nach einer Zeit kümmerlichen Aufstiegs nun schon seit drei Jahren in der bloßen Defensive sind und Mühe genug haben, die

Ablehnung der Vereinbarungen im Kohlenbergbau.

Die Konferenzen der Revierbetriebsräte lehnen den 18prozentigen Lohnabbau einstimmig ab.

Was nach dem Verlauf der Reichskonferenz der Bergarbeiter am Freitag vorausgesehen war, ist eingetreten. Die Obmänner der Revierbetriebsräte aller Reviere haben die Prager Vereinbarungen vom 8. August einstimmig abgelehnt, wodurch die Gefahr eines allgemeinen Bergarbeiterstreiks in unmittelbare Nähe gerückt ist. Die Situation hat noch insofern eine bedeutsame Verschärfung erfahren, als die angriffslustigen und zu jeder Brutalität geneigten Bergherren gestern morgens auf den Schächten des Ostrauer Revieres eine Kundmachung affischierten, wonach der Vertragsschloße Zustand eingetreten sei und die Löhne der Arbeiter um nicht weniger als 30 Prozent herabgesetzt werden. Dies bedeutet eine offene Kampfanzeige, eine unerhörte Herausforderung der Arbeiter, auf welche diese die Antwort nicht schuldig bleiben werden.

In den Beschlüssen der Betriebsräte im Bergbau wird die Stellung der Bergarbeiterkoalition gutgeheißen. Das, was notwendig ist, spricht wohl am besten die auf der Prager Konferenz gefaßte Entschlieung aus, die eine einheitliche Regelung der Kohlenpreisherabsetzung als notwendig und als Voraussetzung hiezu die Herabsetzung der Kohlenabgabe, der Eisenbahntarife, der Unternehmer- und Zwischenhändlergewinne erklärt. Gleichzeitig betont die Resolution, daß die Arbeiter keine Herabdrückung ihrer Lebenshaltung zulassen können. Die letztere Seite des Streites führt die in Ostrau gefaßte Entschlieung näher aus, indem im Zusammenhang mit dem von der Regierung verordneten Bewilligungssystem bei der Getreideeinfuhr ein Steigen der Preise der Lebensmittel befürchtet wird. Für die Entschlossenheit der Arbeiter ist auch der Wille der Ostrauer Bergleute charakteristisch, die Streikunterstützung erst von der dritten Woche, vom Streikbeginn an gerechnet, entgegenzunehmen.

Von Seiten der Regierungsparteien wird bereits ein Kesseltreiben gegen die Bergarbeiter veranstaltet. Der Kampf, den die Bergarbeiter zu führen gezwungen sind, wird als ein politischer Kampf hingestellt. Sowohl der agrarische „Rentov“ als auch die nationaldemokratische „Narodni Politika“ stellen den Beschluß der freitägigen Reichskonferenz als ein gemeinsames Komplott der Kommunisten, Anarchisten und deutschen Sozialdemokraten gegen die Tschechoslowakei

ununterbrochenen Angriffe des machtbesessenen Unternehmertums abzuwehren. Eben jetzt sind wieder einige wenig aussichtsreiche Kämpfe im Gange: die Hasenarbeiter streiken in einigen Städten nun schon die sechste Woche gegen den Willen der Gewerkschaft, um eine Lohnkürzung abzuwehren, die sie, die vielfach nur einige Tage in der Woche arbeiten, besonders hart trifft. Die Forderung der Kohlenbergarbeiter nach Erhöhung ihrer Dungenlöhne ist von den Unternehmern auf die lange Bank einer Verfrachtung ihrer einzelnen Mitglieder geschoben worden; und die Gewerkschaft konnte es nicht unternehmen, von vornherein den geltenden Vertrag zu kündigen, obgleich auf der Jahreskonferenz, die darüber zu entscheiden hatte, die Ueberzeugung vorherrschend war, daß der Kampf unvermeidlich sei. Unvermeidlich, leider, im ungünstigen Augenblick. Und die Eisenbahner sind bei ihrer letzten Forderung nicht nur auf den Widerstand der Unternehmer, sondern auf ein noch viel gefährlicheres Hindernis gestoßen: auf den Mangel an Einverständnis mit den benachbarten Gewerkschaften, die zu sehr mit eigenen Sorgen befaßt sind.

So führen alle diese Kämpfe und Nöte schließlich auf den einen Ausgangspunkt zurück: daß nur eine Aenderung der gesamten europäischen Situation, ein Ende der kapitalistischen Katastrophenspolitik auch die Lage der englischen Arbeiter bessern kann. Wie lange aber werden sie auf diese Besserung warten müssen? Die einzige wirkliche Abhilfe gegen die englische Arbeitslosigkeit liegt in der Wiederherstellung des europäischen Wirtschaftslbens — und dieses hält Herr Poincaré an der Gurgel. Will England seinen Arbeitslosen friedliche Arbeit schaffen, so müßte es Poincaré von seinem rückelnden Opfer wegreißen. Solange es dazu nicht Macht genug hat, ist dieses mächtige Reich dazu verurteilt, in seinem Innern das freßende Übel der Wirtschaftslähmung, der Arbeitslosigkeit zu tragen — und je reicher und mächtvoller dieses von Gütern überfließende Imperium des Kapitalismus, je kulturunbegierter selbst auf den ersten Anblick das Leben des vollbeschäftigten englischen Arbeiters erscheint, desto krasser wirkt hinter diesem Bild von Reichtum und Kultur der Kontrast des Elends und der Not, die auch hier

hin. Wenn die Unternehmer für ihren Profit fürchten, dann rufen sie gleich: der Staat ist in Gefahr!, womit sie die Sympathie der öffentlichen Meinung für sich gewinnen wollen. Mit welchen Mitteln dies versucht wird, dafür sei nur ein Satz aus der „Narodni Politika“ zitiert, worin gesagt wird, daß „die deutschen Sozialdemokraten nur an Berlin denken“. Gegen solche Sommerphantasien tschechischer Chauvinisten gibt es kein Argument.

Aber ebenso muß Stellung genommen werden gegen die Art, wie die kommunistische Presse die Beschlüsse sowohl der Reichskonferenz als auch der Revierbetriebsrätekonferenzen begleitet. Die Beschimpfungen gewerkschaftlicher Führer werden kaum dazu dienen, die Solidarität unter den Bergarbeitern — die das Gebot der Stunde ist — zu befestigen. Wenn die Kommunisten in ihrer Presse so tun, als ob sie den Beschluß der Reichskonferenz und der Revierbetriebsräte herbeigeführt hätten, so muß ihnen gesagt werden, daß sie in der Bergarbeiterkoalition nichts bedeuten, daß sie auf deren Entschlieungen keinen Einfluß haben, und daß die Koalition, welche über die zweifelsfreie Mehrheit in der Reichskonferenz verfügt, sich mit der Verantwortung, die sie trägt, auch die Entscheidung in der für die Bergarbeiter so ungeheuer wichtigen Frage vorbehält. Es ist nicht im Interesse der Bergarbeiter, wenn aus ihrer Existenzfrage sowohl von den bürgerlichen Parteien als auch von den Kommunisten eine politische Frage gemacht wird, weil dies im Interesse der Grubenbesitzer liegt, die augenblicklich mit aller Kraft bemüht sind, den gerechten Kampf, den die Bergarbeiter führen, als eine Verschwörung gegen die Tschechoslowakische Republik hinzustellen.

Die Entscheidung fällt am Donnerstag.

Das Sekretariat der koalitierten Bergarbeiterverbände gibt bekannt: Das Präsidium der koalitierten Bergarbeiterverbände hielt heute eine Beratung über die Lage ab. Aus allen Kohlenrevieren sind Meldungen eingetroffen, daß die Prager Abmachungen abgelehnt wurden. Daraus wurde das Präsidium vom Minister für öffentliche Arbeiten empfangen, der um eine Mitteilung über den Standpunkt der Bergarbeiter ersuchte. In der nachmittags stattgefundenen Beratung des Präsidiums wurde beschlossen, dem Verbande der Grubenbesitzer die Entschlieung der Revier-

des Proletariats Los inmitten der kapitalistischen Güterfülle sind, der Schatten ausgemergelter Kurzarbeiter und der weitest umherirrender Arbeitsloser. Der einmal an einem sonnigen Sommermorgen den Trafalgar Square in London gesehen hat, dieses Zentrum der Weltstadt, auf dem die englische Bourgeoisie das monumentale Denkmal ihrer triumphierenden Weltbeherrschung errichtet; und wer dort im Schatten der erzenen Riesensäulen die zerlumpte Gestalt der Arbeitslosen lauern sah, die von diesem Triumph des Kapitalismus wenigstens den Schutz vor den Sonnenstrahlen haben wollen, das einzige, das ihnen der Kapitalismus zu bieten hat — das wird den tief symbolischen Eindruck nicht vergessen. Sieh hier den Kapitalismus herrschen und prunken — und sieh, was er im mächtigsten Reich aus den Menschen macht!

„Wenn es am Ende der Legislaturperiode sich zeigen sollte, daß das Parlament nichts getan hätte, ernstlich gegen die soziale Not des Volkes anzukämpfen, die Entwürdigung der Nation durch die ungelunden Wohnungsverhältnisse und die weitverbreitete Armut in einem von Wohlstand gleichenden Lande zu beseitigen; daß sie der Vergeudung unserer nationalen Finanzen nicht Einhalt getan, noch für eine ehrenhafte Versorgung der Invaliden der Arbeit Vorsehung getroffen hätte — dann würde sich ein wahrhafter Schrei nach einer neuen Partei in diesem Lande erheben!“ Diese Worte sprach nicht etwa ein sozialistischer „Geher“ von heute. Sie sprach niemand anderer als — Lloyd George, damals noch Finanzminister und Bekämpfer des Oberhauses in seiner berühmten Rede in Cardiff im Oktober 1906, als er die Arbeiterpartei vom Sozialismus abhalten und an den Wagen des Liberalismus spannen wollte. Einige Jahre später ging derselbe Lloyd George hin und koalitierte Liberale und Konservative — gegen die Arbeiterpartei. Aber seine Worte von damals sind heute wahrer als je. Sie künden die Unfähigkeit der englischen Bourgeoisie, die großen Probleme zu meistern, unter denen das englische Volk, die englische Arbeiterklasse leidet. Und sie künden die Hoffnung, daß es derzeit und erst dann anders wird — bis eine neue Partei die Regierung des Reiches, die Sorge um den Frieden und den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit übernimmt.

konferenzen bekanntzugeben. Dabei wurde ausgeführt, daß die koalitierten Verbände zu Verhandlungen über die Regelung des Konfliktes nicht nur im Ostrauer Revier, sondern gleichzeitig in allen anderen Revieren bereit sind, und der Verband der Grubenbesitzer ersucht wurde, zu dieser Erklärung der koalitierten Bergarbeiterverbände seinen Standpunkt bekanntzugeben, wobei ihm gleichzeitig mitgeteilt wurde, daß auf der Reichskonferenz der Bergarbeiter am 16. August die definitive Entscheidung über das weitere Vorgehen der Bergarbeiter fallen werde. In gleicher Weise wurde die Regierung informiert, die ersucht wurde, zur Vereinfachung der Verhandlungen ihren gegenwärtigen Standpunkt betreffend die Ermäßigung der Kohlenabgabe für alle Reviere der Republik und betreffend die Herabsetzung der Transporttarife bekanntzugeben.

Das Ergebnis der Ostrauer Beratungen.

Mähr. Ostrau, 12. August. Die den Ostrauer Streitfall betreffenden Prager Vereinbarungen wurden von der Revierkonferenz einstimmig verworfen. An der heute in Jarubel stattgefundenen Revierkonferenz beteiligten sich 343 Mitglieder der Betriebsräte und 88 Gruppenvertreter, insgesamt 435 Vertrauensmänner der Bergarbeiterchaft.

Die Konferenz wurde vom Vorstand des Revierrates Sekretär Brda eröffnet und geleitet. Er berichtete über den Verlauf und das Ergebnis der Verhandlungen zur Verlegung des Streitfalles.

Der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes Abg. Brozik schildert die Situation, welche eintreten kann, wenn es nicht zu einer friedlichen Beilegung des Streites komme. Er legt seinen Standpunkt zu dieser Frage dar und erklärt, daß er mit Rücksicht auf die herrschenden Zustände nichts anderes tun kann, als die Prager Vereinbarungen zur Genehmigung zu empfehlen.

Hierauf wurde zur Diskussion über den Bericht und die Vereinbarungen geschritten. Es waren 26 Redner vorgemerkt, von denen acht sprachen. Diese erklärten, daß die Vereinbarungen nicht angenommen oder genehmigt werden können.

Sodann gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in der es u. a. heißt:

Zu dem Ergebnis der Verhandlungen mit welchem der Arbeiterschaft eine weitere Lohnherabsetzung um 18 Prozent auferlegt wird, erklärt die Arbeiterschaft, daß sie zu dieser Reduktion der Löhne zu einer Zeit, wo die Lebensverhältnisse nicht zurückgegangen sind, ihre Zustimmung nicht geben kann. Die Arbeiterschaft fordert, daß die Kohlenpreise um den Anteil der Grubenbesitzer und der Regierung herabgesetzt werden, wie es in der Vereinbarung festgesetzt worden ist, da die Arbeiterschaft zur Herabsetzung der Produktionskosten durch eine bedeutende Lohnreduktion bereits beigetragen hat. Sollte auf dieser Grundlage eine friedliche Beilegung des Streites nicht erzielt werden können, sind wir damit einverstanden, daß die Arbeiterschaft aller Reviere in einem gemeinsamen Abwehrkampf eintrete.

Zur Ablehnung der Prager Vereinbarungen zwingt auch der Umstand, daß wir knapp vor einem weiteren Steigen der Lebensbedürfnisse stehen, was unter anderem auch der letzte Beschluß des Ministerrates beweist, durch den die Einfuhr von ausländischem Getreide nicht nur erschwert, sondern auch aufgehalten wird, was selbstverständlich bedeutend zu einer Steigerung der Getreidepreise beitragen wird.

Wir sind einverstanden damit, daß die Streikunterstützungen erst von der dritten Woche an zur Auszahlung gelangen. Wenn weitere Verhandlungen eröffnet werden sollen, dann müssen bis zur Herstellung einer Einigung alle Bestimmungen des alten Kollektivvertrages voll in Geltung bleiben.

Die Betriebsrätekonferenz in Brüx.

Brüx, 13. August. (Eigenbericht.) Die Betriebsräteobmannerkonferenz des nordwestböhmischen Braunkohlenrevieres fand am Sonntag in Brüx statt. Erschienen waren 148 Betriebsräte, die 121 Schächte vertraten. Den Bericht erstatteten Bifařovis (Tschechisch) und Gen. Jarolim (Deutsch). Nach einer sachlichen Debatte, an der sich zwölf Redner beteiligten, wurde nachstehender Beschluß einstimmig gefaßt:

Die Betriebsräteobmannerkonferenz in Brüx erklärt, daß das provisorische Ergebnis der Verhandlungen über Beendigung des Ostrauer Konfliktes vom 8. August nicht als Grundlage zu Verhandlungen für einen neuen Lohnvertrag dienen kann. Die Betriebsräteobmannerkonferenz verlangt eine grundsätzliche und einheitliche Regelung der Kohlenpreisherabsetzung für alle Reviere. Als erste Voraussetzung dafür kommen in Betracht: Aufhebung aller der Kohlenwirtschaft drückenden besonderen öffentlichen Lasten, mindestens aber eine Herabsetzung der Kohlenabgabe unter das in der Ostrauer Verhandlung festgesetzte Niveau, einheitlich und gleichmäßig für alle Bergbaureviere; wirksame und unverzügliche Herabsetzung der Eisenbahntarife unter besonderer Berücksichtigung der kleineren Kohlenorten. Herabsetzung der Zwischenhändler- und Unternehmergewinne.

Die Konferenz erklärt namens der Bergarbeiter, daß sie eine Herabsetzung der Kohlenpreise durch Abbau der Löhne erst dann wirksam unterstützen könnte, wenn die Voraussetzungen dafür,

wie Vorkaufung der Lebenshaltungskosten und volle Beschäftigungsmöglichkeit gegeben sind.

Ohne Erfüllung dieser Voraussetzungen muß es jedoch die Konferenz ablehnen, ihre Zustimmung zu einem Lohnabbau zu erteilen, nachdem die Lebenshaltung der Bergarbeiter durch mehrfache Lohnreduzierungen und Kurzarbeit unter den Lebensstandart der Vorkriegszeit gesunken ist.

Für den Fall, als die Reichskonferenz am 10. August 1923 den Gesamtsitz aller Bergarbeiter der Republik beschließen sollte, werden die Betriebsräte in ihrer Eigenschaft als Mitglieder und Funktionäre der lokalen Bergarbeiterverbände für die strikte Durchführung der Reichskonferenzbeschlüsse Sorge tragen.

Aus allen in der Konferenz gehaltenen Reden sowie aus dem Beschluß geht unzweideutig hervor, daß es unmöglich ist, auf Grundlage der Ostrauer Vereinbarung die Lohnfrage im Bergbau zu bereinigen.

Auch Falkenau lehnt einstimmig ab.

Falkenau, 13. August. (Eigenbericht.) Die Konferenz der Betriebsratsobmänner des Falkenauer Reviers hat es einstimmig abgelehnt, den Beschluß betreffend die 18prozentige Lohnreduktion zur Kenntnis zu nehmen. Auf der Konferenz waren alle Schächte des Falkenauer Reviers durch 36 Obmänner der Revierräte vertreten.

Der Beschluß des Kladnoer Reviers.

Die Revierkonferenz in Kladno, an der die Betriebsräte des Reviers Kladno-Schlau-Kalony teilnahmen, fand Samstag nachmittags im Kladnoer Arbeiterheim statt. Die Resolution, durch welche die Prager Vereinbarungen vom 8. August abgelehnt werden, wurde einstimmig angenommen. Die Revierkonferenz von Kladno gibt der Erwartung Ausdruck, daß alle Reviere eine Herabsetzung der Löhne ablehnen werden und daß es dem gemeinsamen Abwehrkampf aller Bergarbeiter gelingen wird, den Hochmut der Kohlenbarone zu brechen.

Pilsner Revier.

Pilsen, 13. August. Die Betriebsratskonferenz für das Pilsner Revier hat eine Resolution beschlossen, in der gleichfalls der Prager Vereinbarung die Zustimmung versagt und dem Wunsch Ausdruck gegeben wird, die Herabsetzung der Preise auf Kosten der Kohlenbarone erfolgen zu lassen. Ferner wird auf den Zwischenhandel als auf eine Ursache der Verteuerung der Kohle hingewiesen.

Eine unerhörte Provokation der Düraner Grubenbarone.

Herabsetzung der Löhne um 30 Prozent.

Wie die montägigen „Lidove Roviny“ melden, haben die Unternehmer des Ostrauer Reviers auf die Ablehnung der Prager Vereinbarungen vom 8. August mit einer Rundmachung geantwortet, in der festgesetzt wird, daß vom 12. August im Ostrau-Karwiner Revier der vertragslose Zustand eintritt. Deswegen teilen die Unternehmer den Arbeitern im ganzen Reviere mit, daß vom 12. August zwar noch der alte Vertrag gilt, aber mit der Aenderung, daß alle Arbeitslöhne in den Gruben und den Koksereien um 30 Prozent herabgesetzt werden. Zugleich teilen die Unternehmer mit, daß, wenn die Vereinbarung vom 8. August bis zum 19. genehmigt ist und die Regierung die Kohlensteuer tatsächlich in dem versprochenen Ausmaße herabsetzt, die Unternehmer die Löhne um 18 Prozent herabsetzen.

Ein Aufruf an die französischen Arbeiter.

Paris, 12. August. Der allgemeine unabhängige Arbeiterbund veröffentlicht in der „Humanité“ einen Aufruf an die französischen Arbeiter, in dem er ihre Aufmerksamkeit auf das Elend lenkt, in dem sich die deutsche Arbeiterklasse befindet. Die deutschen Arbeiter hätten deshalb für ganz Deutschland den Generalstreik, der drei Tage andauern soll, beschlossen. Schon jetzt müsse erklärt werden, daß ein etwaiges Einschreiten der Besatzungsstruppen gegen die streikenden deutschen Arbeiter ein Verbrechen wäre, welches durch seinen Grund gerechtfertigt werden könnte. Die Sache des deutschen und französischen Proletariats sei auf das enge miteinander verknüpft. Die Niederlage des einen wäre die Niederlage des anderen. Das französische Proletariat wäre entehrt, wenn es sich unfähig zeigen sollte, das Attentat zu verhindern, das seine imperialistische Regierung gegen das im Kampfe stehende Proletariat zu begehen versucht sein könnte. Der Aufruf hofft, daß alle Arbeiterorganisationen Frankreichs sich dahin verständigen werden, dem deutschen Proletariat entsprechend Hilfe zu leisten.

Inland.

Meldet die Kinder vom konfessionellen Religionsunterricht ab!

Mit Beginn des nächsten Schuljahres soll an den Volks- und Bürger Schulen unserer Republik die Bürgerkunde und staatsbürgerliche Erziehung eingeführt werden, ein Lehrgang, welcher das enthält, was wir gewöhnlich mit dem Namen weltlicher Moralunterricht bezeichnen. Dadurch wird die stultische Unterweisung, die im konfessionellen Religionsunterricht gewährt wird, überflüssig und die Gründe werden noch beweiskräftiger, welche dagegen sprechen, daß der konfessionelle Religionsunterricht, vor allem der katholische, an den Schulen als Lehrgang weiter verbleibe. Wir halten es für unhaltbar, daß der Schuljugend neben Erklärungen, die sich auf wissenschaftliche Wahrheit stützen, von der Kirche Legenden, Mythen und Märchen als Tatsachen vorgelesen werden, welche der Wissenschaft und dem gesunden Menschenverstande widersprechen.

Wir halten es für verwerflich, daß in einer Zeit, wo es unbedingt notwendig ist, alle Fähigkeiten des Fortschrittes zu entwickeln, im Reiche die Vorliebe für phantastische, überflüssige und unbegriffliche Dinge genährt wird. Wir halten es für eine Sünde, daß das Kind die kostbare Zeit, die für nützliche Unterweisungen bestimmt ist, vergeudet mit dem Kennenlernen von Zeremonien, Gewändern, Geräten usw., welche in keiner Beziehung zum menschlichen Leben stehen, wie es in der katholischen Liturgie geschieht.

Aber auch das Interesse an der wahren Sittlichkeit macht uns zu Gegnern des bisherigen konfessionellen Religionsunterrichtes. Für die Tugendlehre bleibt zwar in den Religionsstunden zwischen möglichen und unmöglichen Geschichten, unbegrifflichen Dogmen und seelenlosen Liturgien und auch politischen Agitationen erfindend wenig Zeit, aber was man den Kindern vorsetzt, übt zum größten Teil einen verberblichen Einfluß aus.

Die kirchliche Sittenlehre ist aufgebaut auf dem Versprechen von himmlischen Freuden und Drohungen vor der Hölle, also auf selbstsüchtigen und daher unsittlichen Grundlagen, während die wahre Sittlichkeit fordert, daß wir das Gute bloß des Guten wegen tun sollen, aus Liebe zum Guten, da wir nur in diesem unser Glück erblicken und nicht darin, was wir für unser Tun bekommen. Die kirchliche Sittenlehre, welche stets die Allmacht Gottes und die Unbedeutendheit des Menschen betont, und daraus die Notwendigkeit der göttlichen Gnade ableitet, verhindert geradezu die Entwicklung der sittlichen Kraft des Menschen, welche die unumgängliche Voraussetzung des sittlichen Selbstvertrauens und Selbstbewußtseins ist. Ihre ärgsten Folgen sind der Aberglaube, daß etwas Uebernatürliches, das wir durch bloße Worte und Opfer für uns ausrufen können, eingreifen, und unsere Arbeit belohnen wird, und der Glaube an ein mechanisch, durch Zeremonien und nicht durch sittliches Verhalten bewirktes Auslösen der Schuld (die Beichte).

Von der praktischen Seite darf man nicht vergessen, daß der Unterricht in der bei uns verbreiteten Religion von Leuten erteilt wird, welche durch die Vorschriften ihres Standes zu einem unnatürlichen Leben gezwungen sind und die infolge dessen, auch wenn sie nicht geradezu unsittlich oder pervers sind, doch nicht normale Leute und deshalb ganz und gar nicht berufen sind, normale, gesunde Menschen zu erziehen. Solange der konfessionelle Religionsunterricht nicht durch das Gesetz von den Schulen entfernt ist, können verständige Eltern, denen das Wohl ihrer Kinder am Herzen liegt, ihre Kinder von der verderblichen konfessionellen Erziehung befreien, indem sie von ihrem gesetzlich gewährten Recht Gebrauch machen und ihre Kinder nach vor Schulbeginn bei der Schuldverteilung aus dem konfessionellen Religionsunterricht abmelden.

Die Vorgänge in der tschechischen nationaldemokratischen Partei. Die durch die unnatürliche Bindung in der Koalition hervorgerufene Zerstückelung in den tschechischen Parteien hat auch nicht vor der Türe der tschechischen Nationaldemokraten halt gemacht. Die Nationaldemokratische Partei weist seit längerer Zeit bereits Anzeichen innerer Zerwürfnisse auf. Zurückzuführen ist dies auf grundsätzliche Unterschiede. Die nationaldemokratische Partei entstand durch den Zusammenschluß verschiedenartiger politischer Parteien. Allerdings war in jener Zeit (1917) die Lage eine andere, als nach dem Umsturz und heute. Darauf weist auch der Umsturz „Brehleb“ hin, der sagt: „Damals handelte es sich um eine Vereinigung der fortschrittlichen Elemente des Volkes im gemeinsamen Kampfe für seine Befreiung und Selbstbestimmung. Nach dem Umsturz trat die unwürdige Zersplitterung der politischen Parteien. Die selbstlichen Interessen der einzelnen beherrschten die Taktik der Parteien und gingen über die Interessen des Ganzen. In der nationaldemokratischen Partei war es der linke Flügel, der im Gegensatz zur Prager Führung (Kramarich-Machin) stand. Es war dies wieder nichts anderes, als das Streben nach der Vorkherrschaft. Auch in der Prager Hauptleitung treten gewisse Gegensätze zutage, die früher oder später in ein akutes Stadium gelangen werden. Die sogenannten „Staatsrechtler“ unterscheiden sich stark von den konservativen ehemaligen Jungtschechen, sowohl in der nationalen Frage (in der sie radikaler sind) wie auch in religiöser und sozialpolitischer Hinsicht.“

Nationaldemokratische Hyänen. Die tschechische nationaldemokratische Presse macht kein Hehl daraus, daß sie vollkommen auf Poincarés Wohl-

sinnspositiv steht. So schreiben die „Narodni Listy“, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine internationale Anleihe an Deutschland eigentlich nur der Finanzierung des Kampfes gegen Frankreich gleichkäme. In einer internationalen Hilfe kann es erst kommen, wenn Deutschland sich mit seinen Gläubigern geeinigt hat. Dies ist auch die Voraussetzung der Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Budget, sowie der internationalen Stimmung, die einem weiteren Sinken der Mark, soweit es nicht der Inflation, sondern politischen Momenten zuzuschreiben ist, ein Ende machen könnte. Es ist ganz natürlich, daß Frankreich sein Vorgehen gegenüber Deutschland nicht ändern wird, solange Deutschland nicht soweit ist, daß es ohne die Vorbehalte, mit denen es den Versailles Vertrag abschloß, Frankreich einen annehmbaren Ausgleich anbietet. Wenn der deutsche Reichsanwalt und der Reichstag sich dagegen wehren, so bedeutet dies nur soviel, daß sie die bereits unhaltbare Situation nicht bessern, sondern nur noch verschlimmern werden. Dieses Vorgehen hat nur einen einzigen Vorteil: daß das Ende dadurch rascher herbeigeführt wird.

„Es steht bei uns nicht so schlecht aus.“ Dem Bericht des Tsch. P.-B. über den Aufenthalt des Präsidenten in Reutur entnehmen wir folgendes: „Der Sekretär der kommunistischen landwirtschaftlichen Gewerkschaftsorganisationen Korybana brachte einige Beschwerden der Arbeiterschaft vor, wobei er zu beweisen sich bestrebt, daß vieles von dem, was die Arbeiterklasse erwartet, nicht vollführt wurde und daß

in der Republik der Arbeiterschaft feindselige Kreise herrschen. Der Präsident erwiderte, er sei über die Stellung der Arbeiterschaft informiert, werde sich aber noch besser informieren. Bei gerechter Beurteilung der Sachlage sieht es bei uns nicht so schlecht aus. Vielleicht geht es etwas langsam und vielleicht ließe sich mehr machen, trotzdem ist der Fortschritt gegenüber den vergangenen Zeiten ein großer. Die Arbeiterschaft wird bei ihrem Präsidenten stets nichts nur Sympathien, sondern auch Mitarbeit finden.“

Masaryk wird auch die oppositionellen Slowaken hören. Wie bereits gemeldet, finden am 21. August beim Präsidenten der Republik in Topolcany Beratungen mit führenden slowakischen Politikern statt, zu denen namentlich auch die oppositionellen Politiker beigezogen werden sollen.

Für ein tschechoslowakisches Konsulat in Palästina. Die in Karlsbad weilenden tschechoslowakischen Zionisten haben in einer Sitzung beschlossen, bei der tschechoslowakischen Regierung die Errichtung eines tschechoslowakischen Konsulates in Palästina anzuregen, an deren Spitze eine Persönlichkeit gestellt werden soll, welche das ungeschwächte Vertrauen der tschechoslowakischen Kolonisten in Palästina genießen muß. In einem Gespräch mit Journalisten äußerte sich der Direktor des Wirtschaftsdepartements der zionistischen Exekutive in Jerusalem Thishby sehr optimistisch über die Abzählmöglichkeiten für die tschechoslowakische Industrie in Palästina und im Nahen Osten.

Der Inhalt der englischen Antwort.

London, 13. August. Die britische Note, die der französischen und belgischen Regierung heute übergeben worden ist, führt in ihren Details aus: Obwohl gesagt werden kann, daß die belgische Note den Vorschlag auf neue Unternehmung der deutschen Zahlungsfähigkeit nicht in einer so entschiedenen Weise ablehnt, wie es die französische Note tut, macht die belgische Regierung ihre Zustimmung zu einer solchen Unternehmung doch nur davon abhängig, daß Belgien und Frankreich weitgehende Vorteile auf Kosten ihrer Alliierten und insbesondere auf Rechnung Großbritanniens, erhalten.

Es hätte keine Bedeutung, von Deutschland mehr zu fordern, als es zu zahlen imstande ist.

Das Höchstmaß seiner Zahlungsfähigkeit ist eine Frage von größter Wichtigkeit für alle seine Gläubiger.

In der Note wird die Anschuldigung ausgesprochen, daß weder die Waffenstillstandsbedingungen noch die Bedingungen des Friedensvertrages die Berechtigung für den belgischen Vorschlag ergeben, nach welchem einer besonderen Sorte von Kriegsschäden das Prioritätsrecht zuerkannt werden soll, nämlich Schäden, die auf dem Festlande verursacht worden sind, vor anderen Arten materieller Beschädigung und es wird hiezu bemerkt: Es ist möglich, daß die versenkten Schiffe und ihre auf dem Meeresgrunde faulenden Ladungen nicht den gleichen Eindruck hervorrufen, wie die vernichteten Dörfer Frankreichs und Belgiens. Aber es sind die gleichen materiellen Schäden, die durch den deutschen Angriff verursacht worden sind und sie stellen gleich schwere Verluste an Nationalvermögen dar. Die britische Regierung kann daher keinen Grund anerkennen, aus welchem die perzentuelle Aufteilung der deutschen Reparationen, wie sie in der Konferenz von Spa festgesetzt worden ist, abgeändert werden sollte. Die Note erinnert an die schweren materiellen Schäden, welche der Krieg verursacht hat, sowie an die

400 Millionen Pfund Sterling, welche vom Waffenstillstand an für Arbeitslose bezahlt worden sind.

Die Note hebt weiter hervor, daß die Reparationskommission bei Festsetzung der Ziffer von 132 Milliarden Goldmark in Wirklichkeit einfach nur den Betrag der Schäden abgeschätzt hat, deren Ertrag im Sinne des Friedensvertrages gefordert werden sollte, ohne auf die Frage Rücksicht zu nehmen, ob Deutschland diesen Betrag zahlen kann. Die Note bemerkt, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschlands erschüttert in einer Zeit abgeschwächt wurde, als die Versuche um Festsetzung und Erzwingung zwischenstaatlicher Verbindlichkeiten von solchem Umfange noch zu keiner Erfahrung geführt haben, nach welcher sich die Sachverständigen hätten richten können. Und eben deshalb, weil man im Laufe der letzten Jahre dortartige Erfahrungen gesammelt hat, zeigt sich die dringlich: Notwendigkeit einer neuen Schätzung.

Zu der Frage der Ruhrbesetzung übergehend, bemerkt die britische Regierung, daß sie ihre Bereitwilligkeit dazu erklärt habe, sich dem für die deutsche Regierung bestimmten Ratsschlage anzuschließen, daß diese die Verordnungen und Erlasse, welche den passiven Widerstand organisiert und unterstützt haben, widerrufen. Die britische Regierung kann sich aber der Thatsache

nicht anschließen, daß der passive Widerstand bedingungslos eingestellt werden muß.

weil er dem Friedensvertrage widerspricht. Die höchsten juristischen Autoritäten Großbritanniens haben der britischen Regierung einen Bericht abgegeben in dem es heißt, daß die Behauptung der deutschen Regierung begründet ist und die belgische Regierung hat niemals ihre Anerkennung verweigert, daß das französische und belgische Vorgehen keine von dem Vertrage selbst autorisierte Sanktion ist. Die britische Regierung wäre aber unbedingte bereit, daß dieser oder ein anderer Streikfall,

welcher die gezielte Auslegung von Hauptbestimmungen des Vertrages betrifft, automatisch dem internationalen Schiedsgerichte im Haag oder einem anderen Schiedsgerichte zur Entscheidung zugewiesen werde. Die Note spricht weiter ihre Enttäuschung bezüglich der Aufnahme aus, welche den britischen Vorschlägen zur Erneuerung des regelmäßigen Lebens im Ruhrgebiete zuteil geworden ist. Die britische Regierung glaubt, daß sie für die Stellung Frankreichs und Belgiens, sowie für die Sicherstellung wirkungsvollerer wirtschaftlicher Garantien und ständiger Reparationszahlungen das vollste Verständnis kundgegeben hat, als es vorliegt, daß die Befehle des Ruhrgebietes natürlich an dem Tage ausführe, an welchem die gebotenen Garantien und Pfänder wirtschaftlich weniger schädlich und in ihrem Erfolge produktiver wären als die Befehle des Ruhrgebietes. Auf eine Möglichkeit, der dauernden Ruhrbesetzung, deren politische Folgen, von den wirtschaftlichen ganz abgesehen, einfach vernichtet wäre, kann die britische Regierung nicht anders als mit größten Besorgnissen blicken. Diese Möglichkeit müßte eine Gefahr hervorrufen, die gerade der Artikel 11 des Versaillesvertrages befeitigen wollte, nämlich daß sie den internationalen Frieden und das gute Einvernehmen zwischen den Völkern, von denen der Frieden gerade abhängt, stören würde.

Zu der Frage der interalliierten Schulden übergehend, sagt die Note: „Der Hauptgrund des britischen Planes ist, daß Großbritannien bereit ist, mit Vorbehalt der gerechten Ansprüche der übrigen Teile des Reiches, seine Forderungen bezüglich der Zahlungen vonseiten der Alliierten und Deutschland auf einen Gesamtbetrag von beläufig 14 Milliarden Goldmark zu beschränken, welcher Betrag den jetzigen Wert der fürstlich fundierten britischen Schuld an die Vereinigten Staaten vorstellt. (Störung.)

Die Ausführungen der Note zusammenfassend, wiederholt die britische Regierung ihre Entschlieung, daß Deutschland

bis zum Höchstmaße seiner Fähigkeit zahlen soll, und, daß diese Zahlungsfähigkeit durch eine unparteiische Untersuchung festgestellt werde. Die britische Regierung sieht die Methode, welche die französische und belgische Regierung zur Sicherstellung der Reparationen verfolgen, als zum Mißerfolge verurteilt an. Die britische Regierung erblickt in der Fortsetzung des jetzigen Standes der Dinge eine große wirtschaftliche und politische Gefahr.

Der rollende Franken.

Poincarés Söldlinge fordern die Ausrufung der Rheinrepublik.

Düsseldorf, 13. August. (Davas.) Auf einer Versammlung der rheinischen Unabhängigkeitspartei sprach der Führer dieser Partei Matthes, von einer bedeutenden Menschenmenge affamiert. Er verlangte die Ausrufung der selbständigen Rheinrepublik, verurteilte die betrügerische Politik Berlins und den passiven Widerstand und trat nachdrücklich für den Frieden mit Frankreich und die Zahlung der Reparationen ein.

Unsinnige Revancheoper.

Düsseldorf, 12. August. (Davas.) Der 32-jährige Beamte der französisch-belgischen Eisenbahnverwaltung Normand, ein Franzose, ist am 31. Juli in einem Ausdient in Meßlin in der nichtbesetzten Zone verhaftet worden. Zwei auf Mätern jahrende deutsche Polizisten zwingen Normand, hinter ihnen herzulaufen. Als er ihnen nicht folgen konnte, erschossen sie ihn durch Revolvergeschüsse.

Deutschland stellt alle Sachlieferungen ein.

Berlin, 13. August. (Wolff.) Deutschland hat durch die Fortsetzung der Reparationen und Restitutions an die am Ruhreindruck nicht beteiligten Mächte den Beweis seines Leistungswillens bis zum Neuesten getrieben. Die jetzige Situation verlangt die Zusammenfassung aller Kräfte Deutschlands, um der Bevölkerung das geringste Existenzminimum zu sichern und drohendem Hunger abzuwenden. Die Reichsregierung ist daher gezwungen, vorübergehend die im Verträge von Versailles vorgesehenen Sachlieferungen an England, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Portugal und Rumänien einzustellen, da deren Finanzierung das Budgetbesitz und die Inflation zum wesentlichen Teile hervorgerufen hat. Allein die bis jetzt übernommenen und noch nicht bezahlten Sachlieferungen erfordern 300 Billionen Papiermark. Durch Fortsetzung der weiteren Sachlieferungen würde der Erfolg der Steuerreform und der Goldanleihe von vornherein in Frage gestellt. Der Entschluß der Reichsregierung bedeutet keineswegs eine endgültige Einstellung der Reparationsleistungen. Die Sachlieferungen werden wieder aufgenommen, sobald Reichsfinanzen und Währung dies gestatten. Die bis 11. August 1922 endgültig gewordenen oder von der Reparationskommission endgültig genehmigten Verträge werden noch ausgeführt, dagegen werden aus Reichsmitteln keine Zahlungen geleistet. Für Aufträge, die bis 11. August einschließlich die endgültige Genehmigung der Reparationskommission nicht erhalten haben. Reparationsleistungen des Reiches aus Verträgen, die der Reichskommissär zur Ausführung von Aufbautarbeiten in den zerstörten Gebieten bereits endgültig abgeschlossen hat, werden von der Einstellung der Reparations- und Sachleistungen nicht berührt. In Ansehung der großen Schwierigkeiten, die Italien bei Beschaffung der nötigen Kohle für seine Wirtschaft findet, wird versucht werden, die Kohlenlieferungen an Italien fortzusetzen.

Lebensmittelmangel, Streiks, Unruhen, kommunistische Wühlarbeit.

In Freiberg i. Sa. wurden Samstag alle Autos nach Hafencrossen durchsucht, ebenso die Wohnung des Fabrikanten Rickenmeier, dessen Auto zum Rathenauort benutzt worden ist. Man fand aber niemand. Darauf zog die Menge nach der Schanowitzstraße „Oberhof“, wo Chemiker Industrielle eine Sitzung betreffend Regelung der Löhne abhielten. Die Freiburger kommunistische Sonderschicht zwang die Versammelten, das Lokal zu verlassen unter ausdrücklicher Betonung, unverzüglich nach Freiberg den Rücken zu kehren. — Der Sonntag ist in Berlin, abgesehen von einigen kleineren Störungen der Ordnung ruhig verlaufen. Der kommunistischen Streikparole haben nur die städtischen Gasanstalten und das Charlottenburger Elektrizitätswerk Folge geleistet. — Bei den am 10. d. M. vorgekommenen Unruhen in Crefeld sind 20 Personen verletzt worden. Es wurden sämtliche Geschäfte ausgeplündert und die Waren um einen Pappenstiel verkauft. — Da die Generalstreikleitung der Kommunisten auch in der Reichsdruckerei die Arbeitsniederlegung anordnete, ist dieselbe von neuem in eine schwierige Situation gekommen. Tatsächlich erschienen gestern die Maschinenisten nicht in der Druckerei. Die Befehle der Montageschicht war noch spärlicher und es erscheint nicht möglich, daß unter diesen Umständen der normale Betrieb der Reichsdruckerei aufrecht erhalten werden kann. — Der Landesaußsich der kommunistischen Partei fordert zum Generalstreik in Sachsen auf. In Leipzig sind die Arbeiter der städtischen Gaswerke in den Ausstand getreten oder leisten passive Resistenz, jedoch Leipzig gegenwärtig fast ohne Gas ist. In den Elektrizitäts- und Wasserwerken wird noch teilweise gearbeitet, ebenso werden die Bergarbeiter zu einem neuen Streik von den Kommunisten angestachelt. Die Demonstrationen der Arbeitslosen und die Plünderung von Geschäften wurden Samstag in Gelsenkirchen, Borthausen und Crefeld fortgesetzt. 120 Personen wurden verhaftet. Bei den Unruhen wurde ein Arbeiter getötet und ungefähr 12 verwundet. In Crefeld wurde der Beamtenschaft ein tändlicher Lohn von 2 Millionen Mark bewilligt. Der Sonntag ist überall ruhig verlaufen. — Um 1 Uhr nachmittags hat die Berliner Hochbahn infolge kommunistischer Hebe den Betrieb einstellen müssen. Seitens des Betriebspersonals werde eine sofortige Auszahlung von 10 Millionen pro Kopf gefordert. Man hofft, daß es zu einer Einigung kommt, und die Hochbahn den Verkehr wieder aufnehmen kann. — Die Reichsbahndirektion teilt mit: Die Lage im Betriebe des Direktionsbezirks Berlin ist unverändert. Der Betrieb ist im allgemeinen unregelmäßig, doch kommen im Fernverkehr keine Störungen vor. In den Hauptwerkstätten wird heute zum Teile nicht gearbeitet. Der Betrieb wird ohne Einsetzung der technischen Not- hülfe mit eigenen Kräften aufrechterhalten. — Die Kommunisten sind eifrig an der Arbeit, für einen Generalstreik Stimmung zu machen. Die Arbeiter- schaft der städtischen Wasserwerke wird gebrängt sich dem Streik der Arbeiterschaft in den Gas- und Elektrizitätswerken anzuschließen. Der Betrieb auf der Hoch- und Untergrundbahn wird unverändert aufrechterhalten. In den großen Werken sind die Arbeiter fast vollständig erschienen, halten aber Versammlungen ab, um über die Lage und die passive Resistenz zu beraten. — Die Bundes- vorstände der A. D. G. V. und des Afa-Bundes- erlassen einen Aufruf, in dem erneut auf den Aufruf vom 26. Juli gegen die Gemein- schaft mit den Aktionen der Kommuni-

sten verwiesen wird. Die Kommunisten, heißt es weiter, kennen kein anderes Mittel gegen die Not des Volkes als Demonstrationen und Generalstreik. Diese Sinnlosigkeit können die Gewerkschaften nicht mitmachen. Die Berliner Orlauschüsse der genannten Vereinigungen hätten bereits am Samstag den Generalstreik als das ungeeignetste Mittel zur Befreiung der augenblicklichen Not- gans entschieden abgelehnt. Die Regierung um- sei zurückzutreten. Die neue Regierung könne sich nur halten, wenn sie die Forderungen der Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei erfülle. Durch einen Generalstreik würde die Erfüllung dieser Forderungen unmöglich gemacht. Alle Arbeiter und Angestellten werden aufgefordert, trotz kommunistischem Druck die Arbeit fortzusetzen resp. wieder aufzunehmen.

Berlin, 13. August. (Eigenbericht.) Die kommunistische Parole zum Generalstreik ist in Berlin im allgemeinen nur von den großen Betrieben der chemischen und Metallindustrie befolgt worden. Auch hier erfolgte die Arbeitsniederlegung nur durch Gewaltmaßnahmen, indem die Kommunisten vor den Eingängen Ketten bildeten und niemanden hineinließen. Wiederholt kam es dabei zu großen Ausschreitungen, besonders gegen Gewerkschaftsführer. So ist Genosse Uhrig, der Vorsitzende des Metall- arbeiterverbandes, heute morgen von einem kommunistischen Stoßtrupp überfallen und erheblich verletzt worden. In einem großen Teil der Betriebe wird gearbeitet; die Eisenbahnen verkehren wie gewöhnlich, die Straßenbahnen können wegen Strommangel nicht verkehren. Die Autos, Omnibusse usw. werden mit Gewalt am Verkehr gehindert. Bei den Hoch- und Untergrundbahnen haben die Angestellten neue Lohnfor- derungen gestellt und die Arbeit niedergelegt. In anderen städtischen Werken wird noch gestreikt oder passive Resistenz geübt. Der Magistrat hat die Arbeiter aufgefordert, da der Streik von den Gewerkschaften nicht unterstützt werde, in die Betriebe zurückzukehren, sonst müßten sie als ent- lassen gelten. Soweit sich die Lage im Reich über- sehen läßt, ist die Parole zum Generalstreik teil- weise in Mitteldeutschland, im besetzten Gebiet und in den Hauptstädten befolgt worden. Von einer allgemeinen Arbeitsniederlegung, die zu einer Lahmlegung der deutschen Wirtschaft führen könnte, kann nicht die Rede sein, trotz- dem alle Umstände der kommunistischen Hebe lo- günstiger als möglich waren. An einigen Orten ist es zu bedauerlichen Zusammenstößen gekommen. In Hannover, wo die Stimmung sehr erregt war, sprang man von 12 Toten und 50 Ver- letzten. — In Lübel, wo es in den letzten Tagen wiederholt zu Zusammenstößen gekommen war, ist wieder Ruhe eingetreten; auch in Ratibor und Neurode, wo die Unruhen eine größere Anzahl von Opfern gefordert hatten, ist die Erregung abgeklungen. — Im besetzten Ge- biet kam es in Dortmund zu weiteren Plün- derungen, ebenso in Redlingshausen, wo ein großes Warenhaus völlig ausgeplündert und eine Verkäuferin so schwer mißhandelt wurde, daß sie starb. In Gelsenkirchen gab es bei einem Zusammenstoß zwischen der Bevölkerung und der Polizei, die mit blanker Waffe vorging, drei Tote und über 100 Schwerverletzte.

Belagerungszustand über Hamburg.

Hamburg, 13. August. (Wolff.) Bei den hiesigen Zusammenstößen war die Polizei zunächst der Menge gegenüber zu schwach. Es kam zu Ent- waffnungen und Beamtenmißhandlungen, bis Verstärkung eintraf, um die Ordnung wieder her- zustellen. Schußleute, die tötlich angegriffen wur- den, machten von der Schußwaffe Gebrauch. Die Zahl der Verwundeten steht zur Stunde nicht ge- nau fest. Sicher ist, daß ein Polizist erschossen wurde und auf beiden Seiten Verletzte sind.

Der Senat hat in Anbetracht der heutigen Vorgänge den Belagerungszustand über Hamburg verhängt. Die vollziehende Gewalt wird Herrn Senator Hense übertragen, der gleichzeitig zum Regierungskommissär ernannt wurde.

Die Korruptions-horrorhiken fagen an! Kunki wegen eines Artikels im „Sozialdemokrat“ angeklagt.

Wien, 13. August. (Eigenbericht.) Aus Budapest wird gemeldet: Am Samstag hat der Oberstaatsanwalt von Budapest eine 63 Seiten starke Anklageschrift gegen die Wiener Emigran- ten überreicht, die sich auf ihre politische Tätig- keit in den letzten drei Jahren bezieht. Aber noch am Samstag hat der Justizminister eine Erklä- rung veröffentlicht, daß er keine Kenntnis von der Anklageschrift hatte und sich mit ihr auch nicht identifiziere. Diese Erklärung dürfte ihren Grund darin haben, daß die Anklageschrift scharfe Worte gegen die Staaten der Kleinen Entente verwendet und die Emi- granten des Hochverrats bezichtigt, weil sie eine Annäherung an die Staaten der Kleinen Entente zu schaffen versuchten. Die Anklageschrift wendet sich gegen Ernst Garami und beson- ders gegen Siegmund Kunki wegen dessen Rede auf dem Kongresse des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Haag und wegen seines im Prager „Sozialdemokrat“ veröffent- lichten Artikels über den Prozeß gegen Karolyi.

Tages-Neuigkeiten.

Ein nationalsozialistischer Nordbube.

Leipzig, 13. August. (Eigenbericht.) Sonntag fand in Kosten bei Teplitz eine Fahnenweihe des Teplitzer christlichsozialen Jugendbundes statt. Die Bezirkshauptmannschaft, an die sich der Ju- gendbund wegen der Erlaubnis zur Beflaggung in den kirchlichen Farben (weiß-gelb) gewendet hatte, gestattete dies unter der Bedingung, daß auch die Staatsfahne gehißt werde. Diesen Ver- langen kamen die Christlichsozialen nach, wor- über sich jedoch die Deutschnationalen lustig machten. Am Abend kamen im Gasthause „Zur Krone“ mehrere christlichsoziale Parteigänger zu- sammen. Im Lokal war auch der Versicherungs- agent Franz Jungnickel jun. anwesend, der die anwesenden Christlichsozialen wegen der er- folgten Hisung der Staatsfahne verböhnte und unausgesetzt provozierte. Da er seine Stänkereien nicht einstellen wollte, wurde er — es war mitt- lertweile halb vier Uhr früh geworden — zum Verlassen des Lokales aufgefordert. Jungnickel weigerte sich, diesem Ersuchen zu entsprechen, es mußte daher der diensthabende Oberwachmann Gustav Schrent intervenieren. Schrent versuchte, Jungnickel zur Tür hinauszudrängen, bei der Türe zog jedoch Jungnickel plötzlich einen Re- volver und durchschloß dem Oberwach- mann die Halsschlagader. Schrent war sofort tot. Jungnickel war einer der Hauptagitato- ren der deutschen Nationalsozialisten in Kosten. Die Tat ruft im Orte unge- heure Erregung hervor, der Mörder wurde dem Teplitzer Bezirksgericht eingeliefert.

Proletarische Solidarität. Die Teplitzer „Freiheit“ berichtet: Ein erhebender Akt prole- tarischer Solidarität verdient der Öffentlichkeit bekanntgegeben zu werden. Die Arbeiter der Mannesmann-Röhrenwerke in Komotau ha- ben mehr als 10.000 Kronen gesammelt, und die- sen bedeutenden Betrag an vier ihrer Kameraden überwiesen, welche durch das Gorfauer Brandunglück mitbetroffen wurden. — So ver- stehen Proletarier das Prinzip der gegenseitigen Hilfeleistung. Ohne großes Aufsehen leisten sie unerwartete Hilfe und ohne Ansehen der politischen Parteizugehörigkeit lassen sie jedem Hilfsbedürftigen Hilfe angedeihen. — Wie sieht demgegenüber unser Bürgertum aus? Ach, dieses Bürgertum! Es hat innerhalb vieler Wochen für die Arbeits- losen von Komotau — 120 Kronen gesammelt, 10.000 Kronen — 120 Kronen, Proletarier — Bürgertum!

Der Orden des Weißen Löwen für den König von Jugoslawien. Das halbamtliche „Pra- ger Abendblatt“ bringt folgende Meldung: „Der tschechoslowakische Gesandte Seba überreichte in Belgrad dem jugoslawischen Könige Alexander das ihm vom Präsidenten verliehene Militärkreuz des Ordens des Weißen Löwen. Hierbei hob der Gesandte hervor, daß die dem König ver- liehene Auszeichnung den Ausdruck der Ehre und Dankbarkeit bedeutet, die die tschechoslowakische Nation zu dem König-Soldaten bewahrt, der an der Spitze des heldenhafnen serbischen Heeres kämpfte und durch sein Beispiel der Tapferkeit zur Befreiung des tschechoslowakischen Volkes half.“ — Wird sich da aber der Oberbaba der Sudanneger ärgern, der für den Urlaub, den er während des Weltkrieges von seinen Menschen- fleisch töpfen nehmen mußte, und Kulturkämpfer wurde, bisher noch nichts bekommen hat!

Skandalöse Wirtschaft der Gemeinde Přeburg. Am Samstag berietete die aus Prag ent- sandte Revisionskommission, deren Aufgabe es war, den wirtschaftlichen Stand der Gemeinde Přeburg festzustellen, ihre Aufgabe. Hierzu mel- den die „Narodni Listy“: Die Ergebnisse sind ge- radezu skandalös. Innerhalb von drei Jahren wuchs die Schulden der Gemeinde um 90 Millionen Kronen. Es wurde festgestellt, daß eine Buchhaltung überhaupt nicht geführt wurde, daß keine Kassabücher existierten und daß auch keine Spur einer Kontrolle oder einer Liquidation vorhanden war. Die Forstwirtschaft, die nach vier Jahren einen Mindestertrag von vier Millionen Kronen aufweisen sollte, verzeich- net stat dessen einen Verlust von fünf Mill. Kr. Die Beamtenschaft des Magistrates hat sich an der Verschleuderung des Gemeindebesitzes beteiligt. Millionenbeträge wurden überhaupt nicht ausge- wiesen und blieben ohne Belege. Seit dem Jahre 1848 besitzt die Stadt Přeburg kein In- ventar, obwohl es sich um Millionenbe- träge handelt. Nach der Ansicht von Hochleuten ist die ganze Angelegenheit reif dafür, daß sich die Staatsanwaltschaft mit ihr beschäftigt.

Sie haben nichts gelernt und nichts ver- gessen. Das österreichische „Haus Starhem- berg“ versendet durch seine republikanische Re- präsentantin, Frau Bundesrat Fanny Starhem- berg folgende Vermählungsanzeige:

„Ernst Altbirger Fürst zu Starchemberg, Graf von Schaumburg und Bagenberg, Herr auf Wild- berg und Lobenstein, Wirklicher Geheimrat und Kammerer, Ritter des Ordens von St. Stephen und des Ordens des Heiligen Stephanus in Oesterreich ob und unter der Enns, I. u. L. Oberst a. D., und Franziska Fürstin zu Starchemberg, geb. Gräfinin Carlstädt-Münch, Freiin von Elgoth und Rawin, Sternkreuzordens- und Palastdame Ihrer Maje- stät der Kaiserin und Königin, geben hiemit ge- zwiangend Nachricht von der bevorstehenden Ver- mählung ihrer Tochter, der hochgeborenen Gräfinin Sophie Starchemberg mit dem hochgeborenen Herrn Grafen Georg Vinzenz von Thurn und Valle Saffino-Como-Berzell, Sohn des hochgeborenen Herrn Vinzenz Georg Reichsgrafen von Thurn und Valle Saffino-Como-Berzell, Freiherr zum Kreuz, Kam- merer, Oberst-Erblandhofmeister in Krain und der windischen Mark, Erbburggraf von Pienz, Kam- merer seiner Heiligkeit des Papstes, Ehrenritter des hohen souveränen Malteser-Ritter-Ordens, Rit- ter des kgl. bayrischen St. Georgs-Ordens, und der hochgeborenen Adele Reichsgräfin von Thurn, geb. Marchesa Tacoli aus dem Hause der Marchesi di San Possidonio, Sternkreuz-Ordens- und Palast- dame Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin.

Die Trauung findet am 28. Juli 1923 um 10 Uhr vormittags in Linz in der Alten Domkirche statt.

Schloß Ruhof, im Juli 1923.
Schloß Walsch, im Juli 1923.

Das sind dieselben Leute, die heute — siehe Schwarzenberg — in der Tschechoslowakei die nationale Umgruppierung vornehmen.

Südtirol wird abgeschafft! Das italienische Innenministerium hat die Bezeichnung „Südtirol“ oder „Tirol“ verboten. Dazu schreibt das Bozener „Volkrecht“: Das nationalitistische Unterdrückungssystem hat eine neue Blüte gezeigt. In der ärgsten Sommerhitze ist dieser Tage jener Ullas fabriziert worden, der den Namen „Tirol“ ohne Rücksicht auf Sitten und Gebräuche der über- großen Mehrheit dieses Landes und auf seine wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb vierzehn Tagen ausliefert. Wir legen dieser geradezu un- verständlichen Maßnahme zwar weniger Bedeu- tung bei, wie mancher anderen, durch welche Men- schenschicksale betroffen werden, sie gehört aber zum Komplex jener unglücklichen Politik, die wir seit jeher verurteilt haben. Was wird jetzt ge- schehen: An die Stelle der örtlichen Namen „Deutsch-Südtirol, Südtirol und Tirol“ wird in Zukunft überall „Oberetsch, Hochetsch oder Etsch- land“ gesetzt werden und jeder denkende Mensch weiß, was mit diesen ungewohnten Bezeichnungen gemeint ist. Sie tragen deshalb von vornherein Demonstrationscharakter, und dies unsonst, als sie nur provisorisch und „toleranzhalber“ gestattet werden. Es hat keinen Zweck, viele Worte zu ver- lieren. Ueberall in der Welt ist an die Stelle des Rechtes verbundene Gewalt getreten. Wir wol- len die Abschaffung Südtirols mit Würde ertra- gen. Wie blutiger Hohn erklingt uns aber fürden- hin noch mehr das Gerede von Freiheit und Ge- rechtigkeit in unserem neuen gottgewollten Vater- lande . . .

Ademische Preise. Die physikalisch-mathe- matische Klasse der Berliner Akademie der Wissenschaften hat den Professor Dr. Otto Stern an der Universität Hamburg für seine Arbeiten über den experimentellen Nachweis der Richtungsquantelung im Magnetsfeld mit einem Preise im Betrage von 30.000 Mark geehrt. Dieselbe Akademie hat dem Privatdozenten Dr. A. Weß in Frankfurt a. M. für seine physio- logischen Analysen hirnpathologischer Fälle einen Ehrenpreis von 5000 Mark zuerkannt und ein Reisestipendium (!) im Betrage von 7500 Mark ausgeschrieben, wozu die Angabe eines von dem Bewerber beabsichtigten durch- reisen bedingten archäologischen Plaves erforder- lich ist. Professor Dr. Stern kann, wenn inzwi- schen die Vierpreise nicht erhöht sein sollten, für die 30.000 Mark gerade zwei Glas Bier trinken. Dr. A. Weß bekommt für seine 5000 Mark viel- leicht noch eine Zigarette. Der glückliche Ergar- teter des Reisestipendiums könnte mit den 7500 Mark freilich noch nicht einmal von Berlin-Fried- richstraße nach Charlottenburg fahren. Hoffentlich erhält er auf der Friedrichstraße noch eine Zigarette dafür.

Die Lyoner deutschen und österreichischen Ausstellungsgegenstände vernichtet. Wie die Pa- riser Morgenblätter aus Lyon melden, ist dort in der Nacht zum Sonntag das Gebäude durch Brand zerstört worden, in dem sich aus der Lyoner Ausstellung vom Jahre 1914 stammende österreichische und deutsche Ausstellungsgegen- stände von Wert befanden. Das Feuer soll durch Kurzschluss (?) entstanden sein. — Bekanntlich weigerte sich Frankreich, diese Ausstellungsgegen- stände nach dem Kriege herauszugeben. Die Affäre hat in der ganzen Welt berechtigtes Aufsehen und Entrüstung hervorgerufen.

Rumänische Zustände. In Czernowitz führte dieser Tage der Kommandant der Justiz- wache Tudan Demeter mit noch zwei Gardi- sten einen Transport Schwerverbrecher zum Bahnhof. Nachdem er dort die Schwerverbrecher übergeben hatte, begab er sich mit den Justizsol- daten zurück ins Landesgericht. Auf dem Rückwege hielt der Sicherheitsinspektor Knobloch die bei- den Justizsoldaten, die in Zivil waren — sie dür- fen nämlich die alte österreichische Uniform nicht tragen und haben keine rumänischen — an und fragte sie, wie sie dazu kämen, Gewehre zu tragen. Sie legitimierten sich; es mochte ihm aber die Le- gitimation nicht genügt haben, denn er erklärte sie für verhaftet. In diesem Augenblick kam Tu- dan Demeter, der einige Schritte zurückgeblieben war, herbei und erklärte, er sei der Kommandant der Wache — er war ebenfalls in Zivil — und wies den Dienstbefehl vor. Anstatt nun auch ihn aufzufordern mitzugehen, wenn ihm das Ganze verdächtig erschien, band ihm Knobloch die Hand und schleifte ihn in die Wachtstube am Ringplatz. Dort nahm er den beiden Justizsoldaten die Ge- wehre ab und schickte sie fort, den Kommandanten aber würgte und prügelte er mit Hilfe an- derer Polizisten, um ihn dann ganz rund geschla- gen hinauszuführen. Daß die drei sofort entlas- sen wurden, beweist, daß Knobloch wußte, mit wem er es zu tun habe. Es würde gegen ihn die Strafanzeige erstattet. — Ein Kommentar zu die- ser Meldung ist vollkommen überflüssig.

Jugenzusammenstöße. Die Staatsbahndirektion in Pilsen teilt mit: Am 11. August d. J. stieß in der Station Neudorf bei Budweis der ausfahrende Personenzug Nr. 21 mit dem zu verbleibenden Güterzug Nr. 99 zusammen, wobei ein Angestellter getötet und 20 Reisende leicht verletzt wurden.

Eine Grube in Flammen. Nach einer Explosion aus Düßeldorf steht die Grube „Concordia“ in der Nähe von Liblar nordöstlich von Guskirchen in Flammen. Die Ursache des Feuers ist unbekannt.

Acht Personen durch eine Windhose getötet. Auf der Ebene nordöstlich der Stadt Palmi erhob sich Samstag eine Windhose, die bedeutenden Schaden verursachte. Acht Personen wurden getötet und eine Reihe verwundet.

Räntner Delmatowehr überfällt einen sozialdemokratischen Vertrauensmann. Aus Griffen in Räniten wird unserm Enghurger Bruderblatt berichtet: Der Obmann der Lokalorganisation Griffen der Sozialdemokratischen Partei, Matthias Kleinig, ein sehr ruhiger und besonnener Parteilgenosse, sah am Samstag mit einem anderen Arbeiter im Gasthaus Rodacs in Griffen. Da traten einige Burtschen, die als stichische Elemente ortsbekannt sind, ins Lokal und stützten sich sofort, ohne daß es Streit gegeben hätte, auf den Genossen Kleinig, warfen ihn zu Boden und traten auf ihm mit den Füßen herum. Genosse Kleinig wehrte sich aus Leibeshäften, trotzdem gelang es ihm nicht, sich von seinen gewalttätigen Angreifern freizumachen.

Die Zerstörung lettischer Schulen im Weltkrieg. Durch den Krieg und die Nachkriegswirren haben in Lettland im ganzen 134 Schulen gelitten. Von diesen sind 135 vollständig zerstört, während 299 weniger gelitten haben.

Blutiges Verbrechen in Dörfling bei Ding. Samstag verfuhrte in Dörfling der 50jährige Georg Kirchmayer seine im Bette schlafende 71jährige Frau Therese durch Revolvergeschüsse meuchlings zu ermorden. Der Mann betrat etwas vor Mitternacht in vollkommen nüchternem Zustande das im ersten Stock gelegene Schlafzimmer und legte sich bettend in das Ehebett. Neben seiner Frau liegend gab er einen Schuß auf sie ab und traf sie in den Rücken. Der Schuß blieb im Schulterblatt stecken. Die auf so furchtbare Art zum Erwaschen gebrachte Frau sprang aus dem Bett und eilte zur Tür, um sich in die ebenerdig gelegenen Wohnräume zu flüchten und von dort ins Freie zu gelangen.

Die Stiefmutter hatte die Geistesgegenwart, die Waffe mit dem Fuß unter das Bett zu schieben. Mehrere Burtschen hörten die Schußentladungen und alarmierten daraufhin den Bruder der Frau, den Arzt und die Gendarmen. Auf wiederholte vergebliche Aufforderung, auszumachen, wurde mit Gewalt die Türe erbrochen und die arme Frau aus ihrer furchterlichen Lage befreit. Der Unhold wurde nach Einbrechen der Tür schlafend auf einem Pelt angetroffen. Als er von dem Bruder der Frau und von einem Gendarmen aus dem Bette geholt wurde, war er ganz unwillig über die Störung und meinte gähnlich: „Rohlt sich gar nicht aus wegen so einer Pappalle.“ Kirchmayer ist als Nohling bekannt. Seine erste Frau, die 14 Jahre lang gelähmt war, starb eines unnatürlichen Todes. Man fand sie am 11. November 1917 im Bette erhängt auf. Die feinerzeitige Untersuchung ergab zwar, daß seine erste Frau sich freiwillig das Leben genommen hat, doch wurden damals schwere Beschuldigungen gegen den Mann erhoben.

Die Österreichischen Zigaretten wieder teurer. Mit 12. August ist in Österreich eine Preisregulierung der Rauchwaren in Kraft getreten. Die neuen Tarife enthalten Preiserhöhungen der gängbarsten Zigarettenabfälle. So wird ein Päckchen Feiner Türkscher in 5000 K folien, also eine Erhöhung von 2000 K erfahren, und ein Päckchen Feiner Herzogowina 6000 K, also um 1000 K teurer. Dagegen werden die Luxus-Zigaretten, die nur die oberen Zehntausend rauchen können, etwas billiger!

Witterungsüberblick vom 13. August. Auch am Samstag traten in der Republik keine härteren und ausgebreiteten Regensfälle ein; nur in der Donauländerung drängten Gewitter östlich bis 2 Km. Niederschlag. Sonst blieb das Wetter abwechselnd während der letzten beiden Tage unbedeutend. Eine erhebliche Temperaturveränderung trat ein; infolge Aufströmens kühlerer Luft aus Norden war der Sonntag im Durchschnitt um 6 bis 8 Gr. C. kälter als der Freitag. Die Abkühlung setzte sich noch heute nachts fort, so die Temperatur unter 10 Grad sank (in Eger auf 5 Grad, in Alt-Schnee auf 2 Grad Celsius). Die stärkere Bewölkung und der feuchte Nordwind der beiden letzten Tage waren eine Folge der Nähe des nordöstlichen Tiefdruckes, der sich heute entfernt hat und außer Wirkung gekommen ist. Das Binnenland steht unter dem Einfluß eines Hochdruckgebietes mit dem Zentrum über unseren Gebieten. Der Hochdruckern zerfällt bereits. Weiter Westwärts, wo neue Gewölkung eingetreten ist, bereitet sich die Bildung eines Tiefdruckzentrums vor, wodurch die Bildung lokaler Gewitter wahrscheinlich wird. Zu einer weiteren Verschlechterung kommt es voraussichtlich nicht. — W a r s c h e i n l i c h e s W e t t e r a m 14. A u g u s t: Wechselnd bewölkt, Regen zu Wohlgenüssen, Erwärmung.

Prager Chronik.

Auslösung der Geschworenen.

Sonntag wurden die Geschworenen für die Prager Bezirks-Schwurgerichtsperiode ausgelost. Unter den 34 Hauptgeschworenen sind 13 Frauen.

Aus dem Polizeibericht.

Einem armen Slowaken, der nach Cleveland in Ohio auswandern wollte, wurde am 8. d. M. im Reisebüro am Wenzelsplatz eine Geldtasche mit 400 K und 55 Dollar (einem 20-, einem 10-, einem 5-, einem 2- und einem 1-Dollarschein), der Rest in Ein-Dollarscheinen) von einem unbekanntem Manne gestohlen, der den Auswanderer aus einer Bankgeschäftsstube in das Reisebüro führte. Samstag vormittags beobachtete Inspektor Subnik vier Fremde, die Auswanderererklaunders und Wechselstuben umkreisten. Zwei gingen immer hinein, die anderen warteten auf ein Zeichen der ersten, daß eine Person mit Geld komme. Es gelang ihnen aber kein Diebstahl. Abends wurden sie am Wilsonbahnhof verhaftet, als sie sich gerade mit dem Schnellzug nach Karlsbad begeben wollten. Einem von ihnen gelang es zu entkommen. Die drei Verhafteten wurden als der 40jährige Russier Jakob

Hochmann, der 55jährige Handelsmann Neben Beer und der 16jährige Luttmacher Sjae Kasemann, alle aus Vody, sichergestellt. Sie kamen ohne Pässe über die Grenze. Bei Hochmann wurden 40 Dollar in solchen Noten gefunden, wie sie dem armen Auswanderer namens Johann Sopka gestohlen wurden. Auf einen der Verhafteten paßt die Beschreibung des Diebes. Sie wurden in Haft belassen.

Der Wandertrieb der Zigeuner.

Den Stamm Roms hat man das Volk der Zigeuner genannt, das bis heutzutage durch alle Länder irrt, unstet und flüchtig, wie es in der Bibel heißt; nirgends heimisch, von niemandem gern gesehen, von der Obrigkeit als Last empfunden und stets so rasch wie möglich abgehoben. Die Erscheinung steht in der neuen Zeit und im kultivierten Abendland, dem der Begriff des Romabentums — nicht man von den unter ganz anderen Verhältnissen lebenden Lappen ab — völlig fremd ist, einig da, und daher kommt es auch, daß die Psychologie des Romabentums ein noch ganz ungedecktes Forschungsgebiet bildet. Es gibt darüber noch keine Literatur, und mit den Wanderungen der Zigeuner hat sich bis jetzt kein Forscher beschäftigt. Der Zigeuner wandert und wandert; seine Macht der Welt kann ihn hindern; der Wandertrieb liegt ihm im Blut, er ist eine geistige Disposition bei ihm — dies sind die beständig wiederkehrenden Phrasen über das Zigeunervolk in der ethnographischen Literatur.

Eine psychologische Analyse des Wanderinstinktes der Zigeuner müßte auf einem Studium ihrer allgemeinen Ethnographie, ihrer Sitten, Gebräuche und Vorstellungen, ihrer Wanderwege, deren Richtung und Umfang aufgebaut werden. Material gibt es in der wissenschaftlichen Literatur über die Zigeuner reichlich, da besonders ältere Arbeiten dieses eigentümliche Naturvolk schildern. Denn wenn auch die Zigeuner seit Jahrhunderten inmitten der Kulturvölker leben, so haben sie doch ihre ursprüngliche Natur beibehalten. Es fehlt ihnen weder an Intelligenz, noch an Begabung; aber sie halten an ihren alten Vorstellungen so sehr fest, daß kein neuer Einbruch auf sie einzuwirken vermag. Ihre Sprache, ihre Sitten und Gebräuche tragen nicht die Spur der Einwirkung einer fremden Kultur an sich.

Die Frage ihrer Herkunft ist nicht ohne Bedeutung für die Beurteilung ihrer Wanderlust. Grimm war der erste, der deutsche Beweise ihrer hindostanischen Abstammung erbrachte, und die neuere Forschung hat diese Behauptung bestätigt. Ueber den Zeitpunkt, zu dem die Zigeuner ihre Wanderungen aus Indien begonnen haben, herrscht freilich Ungewißheit, ebenso wie über die Veranlassung dazu. Im 5. Jahrhundert nach Chr. sehen wir die Zigeuner in Persien, im 9. Jahrhundert versucht man sie in Klein-Asien auszuwurzeln. 1322 leben sie auf Aram und etwa 25 Jahre auf Korfu, im Jahre 1417 dringt dieses merkwürdige, heimatslose Volk in Europa ein und verbreitet sich hier in großen Massen. Es gelingt ihnen, kirchliche Privilegien vom Kaiser Sigismund und vom Papst zu erhalten. Sie nisten sich überall ein und werden eine Landplage. Die Regierungen treffen wenige Maßnahmen gegen sie, ohne daß es etwa hilft; Karl der Dritte von Spanien und sein Auger Minister Aranda versuchen, die Zigeuner zu nützlichen Mitgliedern der Gesellschaft zu machen. In der Mitte des 18. Jahrhunderts wurden auch in Deutschland berartige Versuche gemacht. Die Zigeunerlinder wurden in Schulen geschickt, und die Erwachsenen selbstgewählten Arbeiten zugeweiht. Aber es dauerte nicht lange, da verließen sie fluchtartig die Stätten, an denen man sie anfänglich nützen wollte. Der Zigeuner liebt eben nichts als sein freies Leben auf den Landsträßen und betrachtet das gebundene Dasein, sei es noch so sorgenfrei, als ein Unglück. Die Sprache der Zigeuner hat, was sehr bezeichnend ist, gar keinen Ausdruck für „wohnen“, während es fünf Wörter für den Begriff „wandern“ gibt.

Die Zigeuner ernähren sich, wie man weiß, hauptsächlich durch den Pferdehandel, richtiger gesagt, durch Rohpferhandlung, durch Weidwesen, magische Rime, Bettelerei, Diebstahl und Misset. Sie sagen von sich, Gottes Horn habe sie mit einem ewigen Wanderstab bestraft, weil ihre Vorfahren im heiligen Lande unfähigere Verbrechen begangen hätten. Und als die Zigeuner sich zuerst in Europa verbreiteten, ging von ihnen die Sage, daß sie, wie der ewige Jude, zu ewigem Umherirren verurteilt seien. Auch die ungarischen Zigeuner haben eine ähnliche Sage; aber sie behaupten gleichzeitig, daß ihre Ahnen vor langen Jahren durch andere Völker aus Indien vertrieben worden seien.

Religiöse Vorstellungen und soziale Ideen fehlen dem Zigeuner völlig. Man trifft auch niemals bei ihnen, wie bei anderen Naturvölkern, religiöse Zeremonien. Sie leben in Familien, streifen in größeren Gruppen oder Stämmen umher, ohne daß sie sich jemals über deren soziale Organisation Gedanken machen. Bei den meisten herrscht ein vollkommen geflopfener Zustand; das einzige Grundgesetz, das den Zigeuner beherrscht, ist das Wandern. Ältere Quellen berichten von Zigeunerherrschaften und Königen. Die Zigeuner bedürfen in früherer Zeit derartiger Führer, um unbedeutend Land in Besitz nehmen zu können. Besondere Autorität hatten die Häuptlinge niemals. Ein Zigeunerspruchwort sagt: „Ein Häuptling ist ebenso christlich wie jeder andere Zigeuner.“ Wenn der Zigeuner ein Verbrechen begangen hat, so richtet sich der Unwille nicht gegen den Verbrecher, sondern gegen den Richter.

Der Wandertrieb ist dem Zigeuner sicher nicht angeboren, sondern er beruht auf die Gewohnheiten, die aus instinktiven Bedürfnissen erwachsen sind. Der Wanderinstinkt ist auch bei ihnen nicht veränderlich; er hat sich im Laufe der Zeiten entwickelt und ausgebildet. Die Vorfahren der Zigeuner sind aus irgendeinem Anlaß in nebelgrauer Vorzeit auf die Wanderschaft getrieben worden; doch ist das Volk so wenig zur Organisation eines Gemeinwesens geschaffen, daß es niemals in anderen Völkern aufgehen konnte. So sind die Zigeuner weiter und weiter geworden. Überall ist man ihnen mit Mißtrauen und Verachtung begegnet; und überall vertrieb man die flüchtigen, ungebundenen Gäste; die Landsträße wurde ihr Heim. Das Wanderleben hat sich dadurch allmählich zu einer Wandergewohnheit ausgebildet, ist ein Lebensbedürfnis geworden — geradezu ein sekundärer Instinkt und ein atavistisches Merkmal.

Den Zigeunern am nächsten — was Wandersitten und Wanderleben anbetrifft — steht über der indische Stamm der Adangar im Punjab, der einzige heimatslose Stamm, der in den weiten Gebieten der großen indischen Ströme herumtreift. Er lebt in Hütten aus Bambusstäben oder in aus Bambus hergestellten Booten auf den Flüssen und nährt sich von Fischfang und Alligatorjagd. Auch den Adangar fehlen fast vollständig religiöse Vorstellungen.

Die Pflicht als Parteigenosse sollte es jedem sagen, daß er sein Parteiorgan überall zum Abonnement empfiehlt und sich selbst und der Partei nützt!

(Nachdruck verboten.) Die Glücksbude. 18 Erzählung von Ernst Preetzang. Jeremias, sein Sohn und der Geizbauer nützen dem Beamten zum Gemeindegeld folgen oder vielmehr vorausgehen. Trude hörte noch die Worte ihres Mannes: „Paf ein!“ Sie schloß die Bude. Gutes war von den drohenden Blicken und den noch immer herüberhagelnden Schimpfworten der Streiklustigen nicht zu erwarten. Dann verließ sich die Menge. Ein großer Teil folgte der blinkenden Helmspitze. Er erhielt Zugang aus den Wirtschaftern und von den übrigen Marktbesuchern. Auch einige Budenbesitzer und andere fahrende Leute waren dabei. „Dir haben sie ordentlich eins ins Gesicht gebrannt, Geizbauer!“ rief einer. „Verdient hast es schon lange.“ Eine regenbogenfarbige Strieme zog sich quer über das Gesicht des Verhöhnerten. Das hatte die Peitsche mit dem silbernen Griff getan. Das Geschrei, der Lärm wiederholte sich ununterbrochen und vor dem Amt. Der Gemeindevorsteher mußte aus dem Wirtschaftshaus herbeigerufen werden. Er sah beim Spiel und hatte ein Solo in der Hand. „Ein-Sperren soll man die Bude. Laßt's mich zürschen!“ Als er sein Spiel zu Ende geführt, ging er doch. Am Zorn. Schimpfend. Sehte sich in sein Amtszimmer, steckte die Feder hinter's Ohr und ließ zuerst den Beamten eintreten, der ihm den Vorgang, so gut wie er ihn kannte, darstellte. Inzwischen stand der gleichfalls aus dem Wirtschaftshaus herbeigerufene Gemeindegeldner Wache bei den Zisternen. Dann wurde der Geizbauer verhört. Na, er war nicht gerade beliebt, aber doch ein Anführer. Die anderen hingegen... Jeremi erschau vor den Augen, die ihn mit strengen Blicken empfingen. Mit Jörn und Verachtung. „Das ist also der Bub! Schmieden sich, die gestohlenen Äpfel, wie?“ „Ich hab' nicht gestohlen.“ Er sagte es leise, aber bestimmt. Der Ortsgewaltige fuhr auf: „Dälst du das Maul, Junge?“ Seine Augen traten drohend hervor. Jeremi bebte; er hätte sich am liebsten verkrüppelt vor diesen schrecklichen tierischen Augen, die der Alkohol gerötet. „Ein Zuchtstausfrüchtchen bist!“ „Derr.“ Jeremias erblagte. „Zagen Sie nichts, was Sie nicht beantworten können!“ Er ballte die zitternden Fäuste. „Ach so!“ Der Ortsgewaltige stand auf und bog den roten Stiernaden vor. „Da ist noch einer! Der Vater, wie? Dir will ich eins sagen: Der Äpfel fällt nicht weit vom Stamm!“ Der Gendarm mußte Jeremias festhalten. „Seht ihn an!“ höhnte der andere. „Zuschlagen möcht'st? Könnst dir arg bekommen, Burtschen! Ich bin Obrigkeit! Und was bist du, he? Ein fahrender Lump, der sich die Taschen von den Dummen füllen läßt! Gesindel seid ihr! Hungriges Volk, das nicht arbeiten will! Alle miteinander!“ Jeremias klapperte die Zähne wie im Frost. Der Gendarm brauchte alle Kräfte, um ihn zu halten. „Für heut', der Vorsteher sehte sich wieder, für heut' will ich mit dem Lumpenpad nichts weiter schaffen, Deus' nicht und morgen nicht.“

Laßt erst die Kirche vorbei. Nachher, mein ich, wird er jahm sein, der Vogel.“ Er rief den Amtsbienner. „Dem Jungen da werden ein paar saftige aufgedrückt. Der alte Spitzbub kommt vor der Hand ins Spritzenhaus. Punktum! Ich hab' keine Zeit mehr.“ Der Gendarm brachte Jeremias ins Spritzenhaus. Den Knaben nahm der Gemeindegeldner mit sich: „Äpfel hast gestohlen?“ Die Frage klang sehr gutmütig. „Ich wollte.“ Der Büttel stand nicht ganz fest auf den Beinen. „Weißt“ er lachte und zwinkerte mit den Augen, „wenn sie mich für jeden Äpfel und so was verjöhlt hätten, ich hätt' nie einen heißen Hintersten gehabt.“ Jeremi lachte. „Und ich hab' nicht mal einen genommen.“ „Du hast nicht —?“ Der Amtsbienner blieb stehen und schüttelte tiefinnig den Kopf. „Aber er hat doch — der Vorsteher — gesagt, ich soll dir eins aufzählen. Streng ist er, das soll wahr sein. Aber Geseß ist Geseß, weißt. Aufdrücken muß ich dir eins. Komm man.“ Sie traten in sein Haus. Jeremi machte keinen Versuch, zu entfliehen. Er spürte nicht die geringste Furcht. „Marthe! Marthe!“ Die Frau des Gemeindegeldners, eine alte, grauhaarige Frau, kam langsam herein: „Na, bist auch mal wieder da? Wollst' dir dein Mittag schon in den „Goldenen Löwen“ bringen, Saufaus, elendiger.“ „Der Dienst, Marthe!“ „Lüg' mir den Buckel voll, ja? — Was soll der Jung?“

„Eins übergezogen kriegen. Gib den Stod, Marthe. Oder —?“ er wandte sich an den Knaben, „was hat er gesagt? Hat er gesagt: eins oder hat er gesagt: ein paar?“ „Ein paar.“ Jeremi antwortete furchtlos. „Bist ein ehrlicher Jung“. 's tut mir furchtbar leid, daß ich, — aber Obrigkeit ist Obrigkeit — und Äpfel hast stehlen wollen.“ Frau Marthe hatte eine Schüssel hereingebracht und auf den Tisch gestellt: „Geh', seht' dich her. Du auch, Jung.“ Der Büttel untersuchte die Schüssel und schmunzelte: „Saure Nieren, Marthe?“ „Freilich. Deut' ist Kirwe. Verdient hast sie nicht.“ Er nahm den Knaben an der Hand: „Da, seht' dich. Magst saure Nieren?“ Jeremi nickte. Er dachte an etwas anderes als die Mahlzeit. Aber er ah, weil er die guten Leute nicht erzürnen wollte. Während des Essens fragte er: „Ist das Spritzenhaus weit, Herr Amtmann?“ Der Gemeindegeldner prüfete einen Mund voll saure Nieren auf den Tisch: „Amtmann sagt er zu mir. Dast es gehört, Marthe?“ Frau Marthe sah abseits in einem strohgeschlochten Lehnstuhl am kalten Ofen und sah den Speisenden zu: „Was soll's mit dem Spritzenhaus?“ „Seinen Vater haben sie eingelocht, weil er den Geizbauer verprügelt hat.“ „Den Geizbauer?“ In den Augen der Alten glomm der Haß auf. „Haben sie's ihm einmal befohrt, dem Salunken? Das halbe Dorf hat er schon gefressen. Und hier geht's um einen Äpfel, wie?“ Sie erhob sich und kam mit ihren schleppenden Schritten an den Tisch, stülpte die braunen, dünnen Arbeits Hände auf die Platte und

Kleine Chronik.

Die Anarchie in China. Aus Futschou wird gemeldet: Zwischen chinesischen Soldaten und einem amerikanischen Dampfer wurden Schüsse gewechselt. Drei Chinesen wurden getötet, acht Chinesen und ein Schiffspassagier verwundet.

Ein zweiter Fall Sandra? Ein Kriminalfall, der stark an die Affäre Sandra erinnert, hält seit einigen Tagen die Bewohner der Stadt Antwerpen in Erregung. Es sind ungefähr vier Wochen her, daß eine Dame der Gesellschaft, namens Madame Saerens, spurlos verschwunden ist. Sie hat an einem Sonntag ihre Wohnung verlassen, um einen kleinen Ausflug anzutreten und ist seitdem nicht mehr zurückgekehrt. Ihr plötzliches Verschwinden ist um so auffälliger, da aus einer anderen jungen Dame, Madame Coos, vor drei Jahren unter ähnlichen Umständen plötzlich verschwunden ist. Madame Coos bewohnte daselbe Haus, in dem auch die unglücklich verschwundene Frau Saerens ihre Wohnung hatte. Die Polizei von Antwerpen hat damals vergeblich alles aufgegeben, um den Aufenthalt der unglücklichen Frau Coos zu ermitteln. Das ungeheure Aufsehen, das das plötzliche Verschwinden von Frau Saerens in der Stadt hervorgerufen hat, wird noch durch einen andern, nicht weniger mysteriösen Fall gesteigert. Am 14. Juli ist auch eine dritte junge Dame, die nicht weit von dem verhängnisvollen Geschehen, in dem sich das Unglücksfallhaus befindet, wohnte, gleichfalls verschwunden. Jetzt ist nun der Polizeidirektion von Antwerpen ein Brief zugekommen, der an die Eltern der dritten verschwundenen Dame gerichtet war. In diesem Briefe erwähnt die junge Frau ihre Eltern, sie nicht mehr zu suchen, da es ihr ganz unmöglich ist, das Leben an der Seite eines Mannes fortzuführen, der sie unglücklich gemacht hätte. Der Brief ist folgendermaßen unterzeichnet: „Eure nunmehr freie Tochter.“ Nun scheint es aber, daß die Brief nicht von der Verschwindenden herrührt. Die Eltern beteuern zwar, daß die Schrift mit der ihrer unglücklichen Tochter identisch sei, Verwandte und Bekannte der jungen Frau wollen dagegen in dem Schriftzüge die Schrift der Verschwindenden nicht erkennen. Auch der Inhalt erscheint etwas rätselhaft, da die junge Frau, wie die vorgeladenen Zeugen ausfragen mußten, im besten Einverständnis mit ihrem Manne lebte.

Appenzeller Witz. Ein Phantasiebegabter Worter machte in seinen Predigten die und da köstliche Beschreibungen und Schilderungen. Als er es aber einmal auch gar zu bunt trieb, wurde das Publikum durch schließlich doch ungeduldig; der Redner machte den Worter darauf aufmerksam. Nach Verabredung sollte der Redner in solchem Falle den Worter durch Klopfen ermahnen, seine Phantasie zu zügeln. Nun predigte der Worter einmal: „Und der Tempel Salomos war fünfzigtausend Fuß lang“ — (der Redner klopfte und der Worter schloß) „und zwei Fuß sieben Zoll breit.“ — Ein kleiner Anabe sagte zu einer hochgewachsenen Jungfrau: „Du wärrst gutt mit dem Giffel-n-abstunde.“

Japanische Zahnziehen. Neben der modernen wissenschaftlichen Zahnheilkunde, in der die japanischen Ärzte ihren abendländischen Kollegen keineswegs mehr nachsehen, blüht in Japan, namentlich in abgelegenen Gebieten und unter dem Volk, vielfach noch die alte Methode, wie sie vor der Eroberung des Landes durch die europäische Kultur ausgeübt wurde. Namentlich die Zahnärzte hantieren zum Teil noch nach ihrer eigenen Methode, und die Japanerinnen, die sich von solchen Nichtmedizinern einen Zahn ziehen lassen, haben vor ihren ängstlichen abendländischen Geschlechtsgenossen die Annehmlichkeit voraus, daß ihnen bei derartigen Operationen der schreckeneinflößende Anblick der Marterinstrumente erspart bleibt. Der alte Zahnkünstler im Reiche des Mikado pflegt nämlich die Zähne mit den Fingern zu reißen, ohne jegliche Anwendung von Brechwerkzeugen. Es gehört jedoch viel

Wohlung dazu, auf diese Weise einen festgewurzelt Zahn zu entfernen. Um die nötige Präzision zu erlangen, macht der japanische Dentist einen Kurius bei einem Meister durch. Ein Brett aus Nichtenholz liegt auf der Matte des Fußbodens; Loder sind hineingebohrt, und in jedem derselben steckt ein kleiner Jarfen aus weichem Holz. Diese Jarfen muß der angehende Zahnkünstler mit Daumen und Zeigefinger geradeauf, ohne zu rütteln, ziehen lernen. Kann er dies, so geht er zum Eichenblock, in dem Eichenzapfen stecken, dann zum Ahornbrett, das mit Lannenspänen besetzt ist, und schließlich zum Ahornbrett, in das keine Eichen- und Ahornspäne mit dem Hammer eingetrieben sind. Bringt er dies ohne Wackeln und Drehen mit den Fingern heraus, so ist er ein fertiger Zahnarzt, und sein eifentester Menschenzahn kann ihm widerstehen. Ein geschickter Zahnarzt dieser Art bringt das Kunstwerk zustande, in einer Minute ein halbes Duzend Zähne einzuzie zu fördern, ohne seine natürliche Jange ein einziges Mal aus dem Munde des Operierten zu ziehen.

Polstwirtschaft und Sozialpolitik. Vor Lohnbewegungen in der Mühlenindustrie. Die Mühlenunternehmer und ihre Organisationen haben bereits in den meisten Gebieten alle Vorbereitungen für die Kampagne 1923 bis 1924 beendet und bei dieser Angelegenheit vor allem den Mahlhilfen herabgesetzt. Analog der Herabsetzung des Mahlohnes gehen nun die Unternehmer daran, die Löhne der Beschäftigten, ohne Rücksicht, ob dies den Teuerungsverhältnissen entspricht, zu reduzieren. Die Unternehmer jener Orte, wo nur Einzelverträge bestehen, haben diese gekündigt und mit der Kündigung zugleich einen Prozentsatzigen Lohnabbau vorzunehmen versucht. Auch die Unternehmer jener Gebiete, wo größere Mühlen bestehen und wo für die Beschäftigten Kollektivverträge abgeschlossen wurden, bemühen sich um die Erneuerung der Kollektivverträge. Allerdings wollen die Unternehmer die Verträge nicht nur erneuern, sondern vor allem Lohnreduzierungen durchdrücken. Diese Umstände zwangen die Mühlenarbeiter, den Kampf um ihre Existenz mit ganzer Kraft aufzunehmen.

Die Mühlenindustrie in „Rot“. Eine recht eigenartige Illustration zu dem Klagesied der Mühlenbesitzer, die nicht müde werden nach Schutzjollen zu rufen, weil sie angeblich vor dem Ruin stehen, bildet der Bericht der „Ersten Loercoercentmilloser Dampfmühle A.G.“. Wie der Bilanz zu entnehmen ist, erzielte dieses Unternehmen im abgelaufenen Geschäftsjahre die Kleinigkeit von 8,630.178 K an Reingewinn. Bei einem Aktienkapital von 12 Millionen entspricht dies eine Verzinsung von „nur“ 71,7 Prozent und das scheint selbst bei den sonst nicht sehr empfindlichen Herren dieser A.G. so etwas wie einen letzten Rest von Schamgefühl geweckt zu haben und sie beschloßen, nicht etwa den Profit herabzusetzen, sondern, um diesen Riesengewinn zu verschleiern, das Aktienkapital um 100 Prozent zu erhöhen. So sieht die Notlage der Mühlenwucherer aus, deren größter Schmerz heute die „hohen“ Löhne der Mühlenarbeiter sind.

Erhebungen über Streiks und Aussperrungen im Bergbau. Nach den Mitteilungen des Statistischen Amtes waren im letzten Vierteljahr 1922 im ganzen 14 Streiks (keine Aussperrungen) zu verzeichnen, die sich auf 254 Betriebe mit 113.501 Angestellte verteilten. Versäumt wurden 491.773 Schichten, der gesamte Fördererfall betrug 6.570.764 Mtrmt., hiebon entfielen 1.586.226 Mtrmt. (24,1 Proz.) auf Steinkohle, und 4.904.522 Mtrmt. auf Braunkohle. Von den Streiks waren neun durch Lohn-differenzen, einer durch Organisationsgründe und vier durch andere Anlässe verursacht.

Industrieabwanderung auch aus der Slowakei. Im letzten Monat hat den „Nar. Listy“ zu einem Bitter davor. Es ist auch kein anderes Haus da. Kannst nicht fehlen. — Ru sag' mal: wo a's willst da? Sie lächelte. Jeremi antwortete nicht gleich; sah sie nur jaghaft an. „Nann mir's denken. Möchtest deinen Vater holen, wie? Du, das ist nicht leicht. Einen Schlüssel, ja, wir haben ihn. Weil ich sie füttern muß, die dort eingesperrt sind, verstehst? Aber den Schlüssel kann ich dir nicht geben. Du bist ein vernünftiger Jung' und siehst es ein, nicht? Es geht um unser Brot. Reichlich ist es nicht. Aber —“ sie zögerte. „Du hältst doch den Mund, Jung?“ Jeremi erfaßte dankbar ihre Hände: „Ach, gute Frau, wenn sie uns helfen würden! Ich sag' keinem Menschen was.“ „Na also. Ich glaub' dir. Hast ehrliche Augen. Aber helfen müßt ihr euch allein. Bloß, daß ich dir sage: Ich Spritzenhaus sind Leitern, Feuerleitern. Wenn dein Vater eine aufstellt und an das Dachfenster legt, so kann er hinaus. Auf's Dach, heißt das. Wie von da hinunter? Eine lange Stange, von außen angelegt, oder ein Brett, dann müchte es gehen. Allzu hart ist der Boden nicht. . . So. Weiter sag' ich nichts.“ Sie lächelte ihn an, die Hand auf seinem Kopfe: „Mein Alter muß wachen. Von zehn bis elf ist er nicht da!“ Jeremi umschlang stürmisch ihren Hals und gab ihr einen Kuß in das alte, verrottete Gesicht. Dann schritt er zur Hintertür hinaus. Sie sah ihn gerührt nach und schlurste in die Stube. Die Obriigkeit lag mit dem Kopfe auf dem Tisch und schnarchte.

dog sich ihrem Manne zu: „Daß du dem Jungen keinen Schlag tu!“ Er stotterte: „Die — Obrikeit, Marthe!“ Ein Bissen steckte ihm in der Kehle. Er mußte husten. Sie lachte höhnisch auf: „Red' mir von der Obrikeit, ja? Unser Wie am Weidengraben, wer hat uns darum gebracht? Der Lump, der Geizhauer! Keine Obrikeit hab' ich da gesehen! Und keine überall, wo's im großen um das Gut der kleinen Leute gegangen ist! Das halbe Dorf hat er auf dem Gewissen, der Soukerl, der!“ Sie trommelte mit beiden Fäusten auf den Tisch. Ihr Mann sah sie ängstlich über den Teller hin an. „Zht, zht, Marthe. Hast recht. Aber 's läßt sich nichts dawider tun.“ Ein heftiger Schlag auf die Platte? „Weil ihr Scheißkerle seid!“ Und zum Anaben: „Kommt, Jung'. Bist satt? Dir soll keiner was tun!“ Ihre heftig zitternde Hand lenkte ihn nach der Küche. Die Tür zur Stube schloß sie hinter sich. Die dünnen, braunen Finger strichen über die Lippen des Anaben; Weichheit kam in ihre Stimme: „Jetzt hör' zu, mein Jung'. Wo das Spritzenhaus ist, willst wissen. Das Gemeindeamt kennst, nicht? Na ja, was frag' ich! Da geht's zwei Häuser weiter nach der Kirche zu. Da ist ein Weg, ganz eng, daß grad' ein Wagen durch kann. Rechts ein Dornzaun, links ein Dornzaun. Da geht's zwischen durch. Dann hast die große Brache vor dir. Ein hohes Gerüst haben sie davor gebaut, aus Brettern, mit Feinstern drin, Uebungsturm heißen sie's —“ „Den hab' ich schon gesehen!“ fiel Jeremi freudig ein. „Na, siehst, nicht weit davon steht das Spritzenhaus. Große Türen hat's und Fenster mit

folgt eine größere Anzahl unterschiedlicher slowakischer Industrieunternehmen, deren Eigentümer Magyaren oder Reichsdeutsche sind, die Tätigkeit eingestellt und die Erzeugung jenseits der Grenzen verlegt. So wurde in Rostof in der Zips die Arbeit in den dortigen Reichsdeutschen gehörigen Berg- und Hüttenwerken eingestellt. Die Maschinen wurden abmontiert und nach Deutschland geschafft. Damit fand auch die dort befindliche slowakische Bergbauschule ihr Ende.

Zur Rettung des belgischen Franken. Zwischen der belgischen Regierung und einer Gruppe französischer Banken wurde ein Abkommen geschlossen, nach dem die französischen Banken Belgien 500 Millionen französische Franken zur Verfügung stellen, die zur Stützung der belgischen Valuta werden verwendet werden.

Fortdauernde Verschlechterung der Wirtschaftslage Polens. Wie die Lodzer Blätter melden, hat eine Reihe großer Unternehmungen in der Lodzer Textilindustrie infolge valutarischer Schwierigkeiten den Betrieb auf drei bis vier Tage in der Woche reduziert. In dieser Industrie droht somit eine bedeutende Steigerung der Arbeitslosigkeit. — Der Preis der Tabakerzeugnisse wurde in den letzten vier Tagen zweimal, u. zw. zusammen um 45 Prozent, erhöht.

Der Wert des Sowjetrubels. Nach den letzten hier vorliegenden Nachrichten beträgt der Preis eines amerikanischen Dollars in alten Sowjetrubeln gerechnet 252 Millionen, für ein Pfund müssen 1160 Millionen Sowjetrubel bezahlt werden. Eine tschechoslowakische Krone ist daher gleich etwa sieben Millionen alter Sowjetrubel. Bekanntlich beziehen sich die Notierungen in Rußland gegenwärtig auf Rubel von der Type 1923, von denen einer dem Werte von einer Million alter Sowjetrubel entspricht.

Der Generallstreik in Danzig beendet. Nach dreitägigen Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden ist es gelungen, den Generallstreik in Danzig zu beenden. Die Arbeit soll in sämtlichen Betrieben Montag, den 13. August wieder aufgenommen werden.

Devilskurze. Die tschechische Krone notiert in:

Berlin	16.15'00
Paris	11000'00
Wien	2082'00

Zürcher Schlusskurse am 13. August.

	Geld	Ware
Paris	30.60'00	30.80'00
London	25.25'00	25.30'00
Berlin	0.00.12.50	0.00.15'00
Mailand	28.42'50	28.55'00
Holland	216.00'00	217.00'00
Wien	0.00.78'50	0.00.77'50
Budapest	0.02'87	0.03'25
Bras	18.00'00	18.15'00
New York	5.53'00	5.54'00
Belgrad	5.75'00	5.85'00
Warschau	0.00.22'50	0.00.27'50

Prager Kurse am 13. August.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1357'00	1361'00
10.000 Mark	0.10'75	0.11'25
100 belg. Franken	152.75'00	154.25'00
100 schweiz. Franken	624.75'00	627.25'00
1 Pfund Sterling	155.37'50	156.57'50
100 Lire	146.25'00	147.75'00
1 Dollar	34.05'00	34.45'00
100 franz. Franken	191.75'00	193.25'00
100 Dinar	36.70'00	37.20'00
10.000 ungar. Kronen	18.00'00	20.00'00
10.000 poln. Mark	1.44'25	1.45'75
10.000 österr. Kronen	4.61'00	5.11'00

Aus der Partei. Reichskongress in Kuffig. Die Kreisvertretung Kuffig beruft für Sonntag, den 26. August, 9 Uhr vormittags, in das Volkshaus in Kuffig eine außerordentliche Kreiskonferenz mit folgender Tagesordnung ein: Unsere Presse (Referent Genosse Böllina) und Die Gemeindegewahlen (Referent Genosse Böllina).

Bezirkskongress in Densen. Sonntag, den 19. August, um 2 Uhr nachmittags findet im Vereinszimmer „Schwarzes Roth“ in Densen die ganzjährige Bezirkskongress statt. Tagesordnung: Berichte, Neuwahl und Parteiangelegenheiten.

Wetterberichte
der Monatskaffi für Meteorologie in Prag.

18. August 1923 morgens	Lufttemperatur auf Meereshöhe	Temperatur 1 m	Relativfeuchtigkeit	Windrichtung und -stärke	Wetter	Wassermenge niederschlag	Temperatur gef. nachm.
Prag	789	12	—	1/2, bed.	0	21	
Brünn	789	15	NNW,	bed.	0	23	
Neuhavil (Island)	748	10	S,	bed.	3	12	
Stornowag (Hebrid)	757	14	S,	Regen	4	15	
Balencia (Irland)	760	16	S,	Regen	10	17	
London	788	17	SW,	bed.	0	17	
Ultime (Norwegen)	764	11	SSW,	bed.	0	13	
Stockholm	785	13	NW,	bed.	0	17	
Damburg	789	14	SW,	bed.	0	17	
Warschau	787	18	W,	1/2, bed.	0	20	
Paris	787	19	W,	bed.	0	20	
Berlin	789	15	—	1/2, bed.	0	24	
Belgrad	787	20	W,	bed.	0	—	
Bukarest	785	21	NO,	bed.	0	—	
Warschau (Frankr.)	787	23	—	1/2, bed.	0	29	
Plorens	—	—	—	—	—	—	
Athen	780	30	NO,	bed.	0	—	

Öbentationen (Luftdruck nicht reduziert):

Donnersberg 840 m	695	11	SO,	1/2, bed.	0	14
Schneeoppe 1010 m	633	3	NNW,	1/2, bed.	0	03
Suglpiše 2060 m	587	4	N,	bed.	0	—

Aus der Arbeiterbewegung. Reichsparteitag der Deutschen Sozialdemokratischen Partei Polens. Die Parteileitung der Deutschen Sozialdemokratischen Partei Polens beruft für den 8. und 9. September d. J. vormittags 9 Uhr nach Biels (Arbeiterheim) den Landespartei-tag der Deutschen Sozialdemokratischen Partei Polens mit folgender Tagesordnung ein: Konstituierung des Parteitag, Bericht des Parteivorstandes, die politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterklasse, Bericht der Mandatsprüfungskommission, Organisation, Agitation und Statutenberatung und Anträge.

Turnen und Sport. Sonntagsfußball. Prag: Meisterschafts- und Pokalspiele: Meteor VIII gegen Slavia 3:1 (3:1). Brkovic gegen Sparta-Rosife 2:0 (1:0). Cechie-Smithov gegen S. A. Lichen 3:2 (1:1). Union-Brkovic gegen Slovan VII 4:1 (2:1). Zikovsky S. A. gegen Prag XV 3:0 (2:0). S. A. Binohrad gegen Staroměstská Olympia 3:2 (1:0). S. A. Bubeneč gegen Rabichy A. J. R. 2:1 (1:1). Czechoslovak gegen Olympia VII 0:2 (0:1). S. A. Smithov gegen Brkovic S. A. 9:0 (7:0). Viktoria-Russe gegen S. A. Russe 1:1 (0:0). — Dresden. Finnland gegen Deutschland 2:1 (2:1). Die Deutschen versagen und spielen sehr schlecht, so daß sie — trotzdem sie technisch weit besser waren — die überraschende Niederlage nicht abwenden konnten. — Nürnberg: I. F. C. Nürnberg gegen Sp. Fürtth 1:0 (1:0). Verdienter Sieg der Nürnberger. Siederseits wurde hervorragender Fußball gespielt. — Fürtth: Samstag Sp. Fürtth gegen Stuttgarter Kickers 4:3 (2:2). — Wien: Hakoah gegen Red Star 4:1 (1:1). Lismark gegen Strohenbahn 5:0.

D. F. C. Prag spielt Mittwoch gegen Cechie Karlin. Die Herbstterminliste des D. F. C. umfaßt: 23. September: Wiener Sportklub in Prag. 7. Oktober: Admiria in Prag. 28. Oktober: Retourspiel gegen Sportklub in Wien. 2. Dezember: First Vienna in Wien. Am 7. und 8. September spielt der D.F.C. wahrscheinlich in Basel und Zürich. Weihnachten unternimmt der D.F.C. eine Tournee nach Spanien und spielt: 23. Dezember gegen Santander, 24. und 25. in San Sebastian gegen Real Sporting Klub, am 30. Dezember in Bilbao gegen den spanischen Meister und schließlich am Neujahrstage in Barcelona. Von reichsdeutschen Vereinen sind bisher Fußballvereine Nürnberg, Wader München und Viktoria Berlin verpflichtet. Ferenczbarosi Torna Club, Budapest, spielt im Herbst in Prag, der D.F.C. hingegen voraussichtlich in Budapest gegen M.T.A. Außer den Meisterschaftsspielen (gegen Sportklub, Liga Troppan und Wilmowitz) spielt der D.F.C. im Herbst gegen Sparta, Slavia und Viktoria Ziklov. D.F.C. soll einen englischen Trainer bekommen.

Belhathletik. (Schlesischer Marathonlauf 1923.) Auf der Strecke Troppan—Mähr. Odrau über 28 Kilometer fand unter zahlreicher Beteiligung der schlesische Marathonlauf statt. Von den 21 Gemeldeten starteten 17, die sämtlich das Ziel erreichten. Als erster kam A. A. V. A. (Olympia-Jahres) in 2 St. 28 Min. 32,6 Sek. vor Pavlina (Elegan Troppan) 2: 29.15, Kalous 2: 38: 01.10 und Sourel 2: 30: 44.5. Sämtliche Teilnehmer liefen die Strecke unter 3 Stunden. 30.000 Zuschauer.

Schwimmen. (Ein neuer deutscher Rekord.) Am Sonntag schwamm bei den deutschen Schwimm-Meisterschaften in Ebersfeld Rademacher 100 Meter (Brustschwimmen) in 1:18.6.

Der Kermesskanal neuerdings durchschwommen. Aus London wird vom 20. August gemeldet: Der Schwimmer Tiraboschi startete gestern um 20 Uhr 10 Min. beim Cap Gris Nez, um den Kanal La Manche zu durchschwimmen. Die englische Küste erreichte er heute um 12 Uhr 33 Min.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Cermak
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß
Für den Druck verantwortlich: C. Holla

Bezirksverwaltungs-kommission Gablonz a. N.

Ausschreibung. Die Bezirksverwaltungs-kommission in Gablonz a. N. schreibt auf Grund des Beschlusses vom 7. November 1922, bezw. 24. Juli 1923 den **Bau einer 320 Meter langen, 6 Meter breiten Bezirksstraße** von Kulan (Hinterwinkel) nach Seidenschwang (Bezirksstraße Gablonz a. N.-Unt.-Schwarzbrunn) als Notstandsstraßenbau zur Verbesserung öffentlich aus. Das Bauprojekt, die Baubedingungen und Voraussetzungen liegen in der Kanzlei der Bezirksverwaltungs-kommission in Gablonz a. N., Zimmer Nr. 3, zur Einsichtnahme auf. Der Bezirksverwaltungs-kommission bleibt die freie Wahl der Bewerber oder die Ablehnung aller Angebote vorbehalten. **Anbotes-Einreichungstermin, 18 August 1923, 12 Uhr mittags.** Der Vorsitzende: **Ed. Rud. Nebhammer.**